Von der

Deutschen Volkspartei

zur

Sozialdemokratie

Mannheims Oppositionspresse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

---

Als PDF-Datei bietet dieser Text folgende Navigationsmöglichkeiten:

- Direktzugriff auf einzelne Kapitel durch Anklicken der Überschriften im Inhaltsverzeichnis
- Rückkehr zum Inhaltsverzeichnis durch Anklicken einer beliebigen Seite
- Vergrößerung der Zeitungs-Faksimiles bis zur Lesbarkeit der Texte

**Motto: Alles für das Volk.
Alles durch das Volk.**

Diese Darstellung schildert die Anfänge der sozialdemokratischen Presse am Beispiel der Stadt Mannheim. Besondere Berücksichtigung finden dabei Vorläufer und zeitweilige Weggefährten der Sozialdemokratie in der linksliberalen Publizistik.

Bis in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts verfügte die Arbeiterschaft über keine eigene Programmatik, sondern verfolgte ihre politischen Ziele im Kielwasser der (klein)bürgerlichen Demokraten. Die erste wichtige Station zur organisatorischen Verselbständigung des „vierten Standes“ war die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins durch Ferdinand Lassalle 1863. Ihre eigentliche politisch-ideologische Emanzipation erlebte die Arbeiterbewegung dann mit der Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei durch Wilhelm Liebknecht und August Bebel 1869.

Bevor es zur Abspaltung der Sozialdemokratie vom bürgerlichen Liberalismus kam, versammelten sich in der Deutschen Volkspartei - die ihren Schwerpunkt in Süddeutschland hatte - noch einmal jene demokratisch-republikanisch gesinnten Vertreter des Bürgertums, welche die Hoffnungen der Märzrevolution nicht begraben hatten. Aus der deutschen Volkspartei bzw. ihrem sächsischen Pendant gingen auch die beiden Männer hervor, welche die deutsche Sozialdemokratie begründeten: August Bebel und Wilhelm Liebknecht.

Die Nabelschnur, welche die spätere sozialdemokratische Presse mit der bürgerlich-demokratischen Publizistik verbindet, wird in Mannheim am Beispiel des Deutschen Wochenblatts, der Deutschen Arbeiterhalle und der Mannheimer Abendzeitung besonders sichtbar. Auch die Neue Badische Landes-Zeitung ist in ihren Anfängen der deutschen Volkspartei zuzurechnen. Mit dem Pfälzisch-Badischen Volksblatt erschien 1878 die erste sozialdemokratische Parteizeitung. Sie fiel aber bald dem Sozialistengesetz zum Opfer, ebenso die Tarnblätter Mittelrheinische Familienblätter, Der Pionier und Pfälzische Freie Presse. Während des Sozialistengesetzes gab die „Neue Badische Landes-Zeitung“ als Ableger für die Arbeiterschaft die Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung heraus. Ab 1890 verfügte die SPD dann mit der Volksstimme wieder über ein legales Organ. Sowohl die „Neue Badische Landes-Zeitung“ als auch die „Volksstimme“ erschienen bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung. Die vorliegende Darstellung verfolgt deshalb in beiden Fällen auch die weitere Entwicklung.

HTML-Fassung fürs Internet: Februar 2001

PDF-Fassung: März 2008

Inhalt

Die „Verbismarckung“ der Liberalen

Auch nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 schwelt in Deutschland der Konflikt zwischen Bürgertum und alter feudaler Klasse weiter. Hinzu tritt als neue Kraft die Arbeiterschaft. Die nationale Frage ist noch immer ungelöst. Die politische Kunst Bismarcks besteht zum guten Teil darin, die Unabweisbarkeit der neuen sozialen Kräfte und der nationalen Einigung zu erkennen. Er weiß, daß sich das Alte nur unter Zugeständnissen erhalten läßt. Er leitet eine „Revolution von oben“ ein, um eine sonst unausweichliche Revolution von unten zu verhindern. Nach dem Sieg über Österreich bringt er es sogar fertig, die Fürsten von Hannover, Kurhessen und Nassau vom legitimen Thron zu stürzen, was keine demokratische Bewegung erreicht hat. Er kokettiert zeitweilig mit der Arbeiterschaft, um sie als Druckmittel gegen die Liberalen zu gebrauchen. Genauso bedient er sich aber auch der Liberalen, um die Sozialdemokratie unter Ausnahmegesetz zu stellen.

Bismarck scheint zu wissen, daß seine Herrschaft nur Bestand haben kann, wenn es nicht beim äußeren Zwang bleibt, sondern dieser verinnerlicht wird. Er entwickelt eine Taktik von „Zuckerbrot und Peitsche“, die er erfolgreich gegenüber Liberalen und Sozialdemokraten anwendet. Seine Politik läßt sich als praktische Verhaltenspsychologie im gesellschaftlichen Maßstab begreifen. Sie terrorisiert und korrumpiert zugleich. Bismarck hat keine Bedenken, einen Rechtsbruch zu begehen, wenn es ihm zur Erlangung seines politischen Ziels notwendig erscheint. Er setzt sich genauso über die Legitimität der abgesetzten Fürsten hinweg wie über die verbrieften Rechte des Bürgertums im preußischen Verfassungskonflikt. Die Peitsche ist ihm jedoch kein Selbstzweck. Sie wird ergänzt durch „Zuckerbrot“ in verschiedenerlei Gestalt.

Nachdem die schlimmsten Jahre der Konterrevolution überstanden sind, wird 1859 in Eisenach der Nationalverein gegründet, der die nationale Einigung Deutschlands unter preußischer Führung anvisiert. Obwohl er dieses Ziel durchaus auf der Grundlage der bestehenden halbfeudalen Machtverhältnisse zu erreichen versucht, verfolgen die herrschenden Mächte sein Wirken mit Mißtrauen und Polizeimaßnahmen. 1861 entsteht die Deutsche Fortschrittspartei, in der sich ebenfalls Liberale der demokratischen und konstitutionalistischen Richtung zusammenfinden. Bei den Wahlen zum preuBischen Abgeordnetenhaus erringt die Fortschrittspartei mit anderen liberalen Gruppen die nahezu ausschließliche parlamentarische Mehrheit. Zu Beginn des Verfassungskonflikts sitzen im Abgeordnetenhaus 253 Abgeordnete der liberalen Opposition nur 23 Bismarck-Anhängern gegenüber.

Der Verfassungskonflikt offenbart die inkonsequente, zwischen Aufbegehren und Loyalität schwankende Haltung der liberalen Bourgeoisie. Die liberale Mehrheit des Abgeordnetenhauses demonstriert zwar 1860 ihre Unzufriedenheit mit den herr-

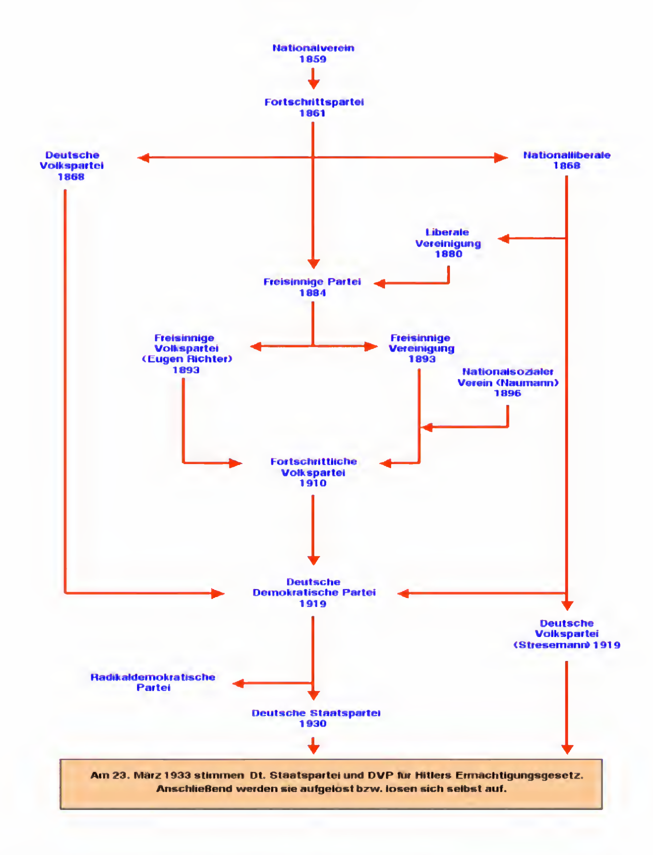
schenden politischen Verhältnissen, indem sie die Bewilligung der Gelder für die von der Regierung geplante Heeresreform verweigert. Gleichwohl bewilligt sie der Regierung einen außerordentlichen Zuschuß für die Kriegskasse, mit dem die Heeresreform in Angriff genommen werden kann. Das wiederholt sich 1861. Als dann im folgenden Jahr die liberalen Parteien erneut die Gelder für die Heeresreform aus dem Budget streichen und kein Budgetgesetz zustande kommt, läßt es der neue Ministerpräsident Otto von Bismarck auf die offene Kraftprobe mit den Liberalen ankommen. Er bricht einfach die Verfassung, regiert ohne Budgetgesetz und setzt sich auch auf anderen Gebieten - so durch seine berüchtigten Presseordonnanzen - über verbriefte Rechte des Bürgertums hinweg. Trotz der erheblichen Unruhe im Volk, die von Attentaten auf Wilhelm I. (1861) und Bismarck (1866) begleitet wird, wagen es die Liberalen nicht, Bismarcks Fehdehandschuh aufzugreifen. Die Abwendung des „vierten Standes“ vom besitzbürgerlich erstarrenden Liberalismus wird dadurch beschleunigt.

Der Zerfall der Fortschrittspartei und die Reintegration der liberalen Strömungen bis 1919

Der Verfassungskonflikt läßt die latente, bis in den Vormärz zurückreichende Spaltung im liberalen Lager erneut manifest werden. Einflußreiche Teile der Bourgeoisie gehen nach einer kurzen Linksschwenkung offen zu Bismarck über. Sie treiben Realpolitik, indem sie ihre politischen Forderungen gegen ökonomische Zugeständnisse eintauschen, die ihnen Bismarck im Zuge seiner „Revolution von oben“ auch zu gewähren bereit ist. Schon 1864 hatte sich aus liberalen Verfechtern des Freihandels die „Volkswirtschaftliche Gruppe“ formiert, die eine Einigung mit Bismarck anstrebte. Unter dem Eindruck des preuBischen Siegs über Österreich billigt dann 1866 die Mehrheit des Abgeordnetenhauses bei nur 75 Gegenstimmen die „Indemnitätsvorlage“ und damit nachträglich das verfassungswidrige Vorgehen Bismarcks. 1867 bricht die Fortschrittspartei endgültig auseinander. Die Vertreter des Großbürgertums, die eine Zusammenarbeit mit dem Regime anstreben, bilden die Nationalliberale Partei, die in der Folge zur wichtigsten parlamentarischen Stütze Bismarcks wird. In Süddeutschland formieren sich die demokratisch-republikanischen Kräfte der Fortschrittspartei zur Deutschen Volkspartei (die nicht mit der im Dezember 1918 entstandenen Rechtspartei gleichen Namens unter der Führung von Gustav Stresemann verwechselt werden darf).

Die preußischen Siege über Dänemark (1864) und Österreich (1866) demonstrieren die Schlagkraft des halbfeudalen preußischen Regimes nach innen und außen. Sie unterstreichen augenfällig die Worte Bismarcks, wonach nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch „Blut und Eisen“ die großen Fragen der Zeit entschieden werden. Da diese Machtpolitik zugleich mit erheblichen Fortschritten bei der nationalen Einigung verbunden ist und auf ökonomischem Gebiet Verständnis für die Interessen der Bourgeoisie zeigt, leitet sie eine psychologische Wende in der Haltung des preußischen und deutschen Bürgertums ein. Das Bürgertum „verbismarckt“ allmählich. Seine Vorbehalte gegenüber der Innenpolitik Bismarcks verblassen vor der Begeisterung über die außenpolitischen Erfolge bzw. auf dem Gebiet der nationalen Einigung. Dieser Umschwung dokumentiert sich

Das recht komplizierte Gefüge des deutschen Liberalismus, wie es sich vom Nachmärz bis zur Weimarer Republik entwickelte, verdeutlicht das folgende Schema:



bereits 1866 in den Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus, die am Tag der siegreichen Schlacht von Königgrätz stattfinden. Die Fortschrittspartei, die sich gegen den preußisch-österreichischen Bruderkrieg gewandt hatte, verliert dabei fast die Hälfte ihrer bisher 143 Mandate. Die „Altliberalen“, die Bismarck unterstützt haben, gelangen dagegen von 9 auf 26 Sitze und die Konservativen vervierfachen sogar ihren Anteil von 36 auf 142 Mandate.

Mit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 wird der deutsche Nationalstaat in seinen Grundzügen vollendet. Der siegreiche Krieg von 1870/71 vollendet die Einbeziehung der süddeutschen Staaten in den Bund. Der König von Preußen wird erbliches Bundesoberhaupt und führt den Titel eines deutschen Kaisers. Es charakterisiert die junkerlich-despotischen Züge des damit aus der Taufe gehobenen Staatswesens, daß bei der Proklamation des Kaiserreichs im Spiegelsaal von Versailles kein einziger bürgerlicher Abgesandter zugegen ist. Das demokratische Bürgertum ist mit diesem Triumph so gut wie auf den Nullpunkt gebracht. Ihm bleibt politisch wie bewußtseinsmäßig fortan nur noch die totale Resignation oder das Arrangement mit dem halbfeudal-despotischen Regime. Es entwickelt sich jene Untertanenmentalität, wie sie Heinrich Mann in seinem Roman „Der Untertan“ in der Figur des Diederich Heßling aufgezeigt hat - kontrastierend zu der resignativen Gestalt des alten Buck, der an den demokratischen Idealen seiner Jugendzeit festhält.

In rascher Folge verabschieden der norddeutsche und spätere deutsche Reichstag eine Reihe von Gesetzen, mit denen die ökonomische Ordnung im Sinne der Bourgeoisie ausgebaut und gefestigt wird: 1867 Zollvereinigungsgesetz, Freizügigkeit, Konsulatsgesetz, Gesetz über Nationalität der Kauffahrteischiffe; 1868 einheitliches Maß und Gewicht, Notgewerbegesetz; 1869 Zollgesetz, Gewerbeordnung, Handelsgesetzbuch und Wechselordnung; 1870 Gesetz über Urheberrecht am geistigen Eigentum; 1871 Postgesetz; 1872 Seemannsordnung; 1873 einheitliche Münze, Zolltarifgesetz; 1874 Markenschutz, Strandungsordnung; 1875 Reichsbank, Eisenbahnpostgesetz; 1876 Patentgesetz.

Nicht verabschiedet werden dagegen wirklich liberale Gesetze, beispielsweise ein freies Presse- und Vereinsgesetz. Der nationalistische Taumel im Gefolge der Reichsgründung entzieht solchen liberalen Forderungen vollends den Boden. Ein wesentlicher Bestandteil der alten Forderungen, die nationale Einheit, ist schließlich erreicht worden. Daß in dem neuen nationalen Einheitsstaat die Vertreter der alten feudalen Klasse das Heft in der Hand haben, wird von den Nationalliberalen gern übersehen, solange daraus der Bourgeoisie keine wesentlichen, nämlich ökonomischen Behinderungen erwachsen.

Dabei differiert jedoch die ökonomische Interessenlage der bürgerlichen Schichten zunehmend und zieht entsprechende ideologische Implikationen nach sich. Auf die Hochkonjunktur der „Gründerjahre“, die von vier Milliarden Mark französischer Kriegsentschädigung angeheizt wird, folgt ab 1873 eine Serie wirtschaftlicher Zusammenbrüche. Der große „Krach“ stärkt die Stellung des Großkapitals und erschüttert das liberale Vertrauen in die Harmonie der wirtschaftlichen Interessen bei

ungezügeltem Wettbewerb. „Die Erfahrungen der siebziger Jahre", schreibt der Kulturhistoriker Karl Lamprecht, „bekehrten wichtige Gruppen der Unternehmer vom Freihandel zum Schutzzoll und machten sie der alten Theorie, die nunmehr als Theorie des Liberalismus schlechthin zu gelten begann, abspenstig."

Die liberalen Ideen des „Nachtwächterstaats", des Freihandels und des „Laissez faire" entsprechen gegen Ende des 19. Jahrhunderts weder den fortgeschrittenen kapitalistischen Produktionsverhältnissen noch der zunehmenden Gefahr, die für Besitzbürgertum und Adel vom erstarkenden „vierten Stand" ausgeht. In entscheidenden Wirtschaftsbereichen wird das freie Spiel der Kräfte durch Monopole und Kartelle beseitigt. Aus der freien Konkurrenz erwachsen neue marktbeherrschende Unternehmen. Den neuentstehenden Monopolen fällt es nicht schwer, ihr Kapitalinteresse mit dem Nationalinteresse gleichzusetzen. Es ist die Zeit der weltweiten Expansion des Monopolkapitals. Es werden Flotten gebaut, Heere ausgerüstet, Kolonien erworben und lautstarke Ansprüche auf wirtschaftliche Einflußbereiche angemeldet. Das Wort „Imperialismus" - noch nicht durch zwei Weltkriege und die spezifisch marxistische Sinngebung diskreditiert - wird von der zeitgenössischen Bourgeoisie durchaus unbefangen und mit positivem Akzent gebraucht. In Deutschland erhält diese imperialistische Politik durch das Zusammentreffen einer stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung mit einem halbfeudal-militaristischen Staatsapparat eine besonders aggressive Note. Besonders kraß gestaltet sich in Deutschland auch der Widerspruch zwischen den ökonomischen Potenzen des Kapitals und seinem verhältnismäßig geringen geographischen Einflußbereich. Die aggressivsten Vertreter des deutschen Imperialismus, die sich seit 1891 im „Alldeutschen Verband" zusammengeschlossen haben, streben offen nach der Annektion anderer europäischer Gebiete.

Über Art und Ziele solch expansiver Machtpolitik gibt es im Lager des herrschenden Kreise wiederum differierende Auffassungen. Die neuen Monopole der Elektro- und Chemieindustrie, die sich im „Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein" zusammengeschlossen haben, sind dem blindwütigen Chauvinismus der „Alldeutschen" überwiegend abgeneigt. Sie schrecken zwar genausowenig vor einem imperialistischen Eroberungskrieg zurück wie das Bündnis von Großgrundbesitz, Kohle und Stahl, vertrauen aber mehr auf ihre eigene ökonomische Stärke zur Durchsetzung und Behauptung der wirtschaftlichen Hegemonie in Europa. Das hat durchaus objektive Gründe. Zum einen verfügen die deutschen Chemie- und Elektromonopole über umfangreiche Kapitalanlagen im Ausland (man denke etwa an den Bau der Bagdad-Bahn), zum anderen kann sich um die Jahrhundertwende kein anderes Land mit der geballten Macht der neuen Industrien in Deutschland messen, während die Beherrscher von Kohle und Stahl zumindest mit der überlegenen Konkurrenz Englands rechnen müssen.

Diese Front zwischen Junkern und Schwerindustrie einerseits und den neuen Industrien andererseits wird schon bei der heftigen Auseinandersetzung um die Schutzzölle sichtbar, in der sich die Schwerindustriellen mit den Großagrariern hinter Bismarck stellen. Eine Gruppe nationalliberaler Anhänger des Freihandels spaltet sich daraufhin 1880 als Liberale Vereinigung ab und schließt sich 1884 mit der

Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei zusammen. 1893 zerfällt diese Partei wiederum in die Freisinnige Volkspartei Eugen Richters und die großindustriell beherrschte Freisinnige Vereinigung. Letztere nimmt 1903 den Nationalsozialen Verein auf, der 1896 von Friedrich Naumann gegründet worden war. 1910 formiert sich dann aus der Freisinnigen Vereinigung, der Freisinnigen Volkspartei und der süddeutschen „Demokratischen Volkspartei" die Fortschrittliche Volkspartei. 1919 mündet die „Fortschrittliche Volkspartei" in die Deutsche Demokratische Partei (DDP), die nach Ende des ersten Weltkriegs als liberales Sammelbekken konzipiert wird und auch die ehemalige Nationalliberale Partei teilweise beerbt. Der rechte Flügel der ehemaligen Nationalliberalen verweigert sich freilich dem Anschluß an die DDP und findet stattdessen in Gustav Stresemanns Deutscher Volkspartei (DVP) (die mit der inzwischen verblichenen Deutschen Volkspartei der süddeutschen Demokraten nichts zu tun hat) eine neue politische Heimat.

SPD und Sozialistengesetz

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird 1869 von Wilhelm Liebknecht und August Bebel in Eisenach ins Leben gerufen. Sie bedeutet die politische Verselbständigung der Arbeiterschaft, die bis dahin in die kleinbürgerliche demokratische Bewegung eingebunden war. Die neue Partei nimmt vor allem hinsichtlich der „sozialen Frage" eine andere Haltung ein. Die kleinbürgerlichen Demokraten wollen die Arbeiterschaft durch soziale Reformen und Bildungsmaßnahmen in die bürgerliche Gesellschaft integrieren. Dagegen fordern die Sozialdemokraten die „Abschaffung aller Klassenherrschaft" durch Beseitigung der „ökonomischen Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten" als der „Grundlage der Knechtschaft in jeder Form". Ideologische Grundlage dieser Forderung ist die von Marx und Engels eröffnete Sichtweise auf die Gesellschaft. Gleichwohl bleibt auch für die Sozialdemokraten die „politische Freiheit [. . .] die unentbehrliche Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen", so daß sich eine weitgehende Identität ihrer politischen Forderungen mit denen der kleinbürgerlichen Demokraten ergibt. Noch im Gothaer Programm von 1875 stimmen nicht weniger als sieben Forderungen wörtlich mit dem Programm der kleinbürgerlichen „deutschen Volkspartei" überein. Für die Sozialdemokraten sind demokratische Forderungen wie die nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, nach Gesetzgebung und Rechtsprechung durch das Volk jedoch kein Endziel, sondern Voraussetzung für die demokratische Umwälzung der sozialen Verhältnisse.

Die ersten Jahrzehnte der Sozialdemokratie stehen im Zeichen der ideologischen Emanzipation vom (Klein-)Bürgertum. Hierzu gehört auch die Auseinandersetzung mit dem theoretischen Erbe der Lassalleaner, die sich 1875 in Gotha mit den „Eisenachern" vereinigen. Auf der abstraktesten Ebene entspricht dem die Zurückweisung des Vulgärmaterialismus, wie ihn etwa Ludwig Büchner in „Kraft und Stoff" propagierte, durch den dialektischen Materialismus. Eine ganze Reihe programmatischer Schriften von Marx und Engels, von der „Kritik des Gothaer Programms" bis zum „Anti-Dühring", verdanken ihre Entstehung dieser Auseinandersetzung.

Die Fortsetzung dieser politisch-ideologischen Offensive wird 1878 durch das Sozialistengesetz unterbunden. Die Sozialdemokratie verliert ihre gesamte legale Organisation und den damit verbundenen Propagandaapparat. Das 1878 verabschiedete Sozialistengesetz ist indessen kein reiner, tyrannischer Willkürakt Bismarcks, sondern kommt mit der Billigung durch die Reichstagsmehrheit und die Nationalliberalen als Repräsentanten des Großbürgertums zustande. Bismarck schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Er zwingt die Nationalliberalen, dem antiliberalen Sozialistengesetz zuzustimmen und sich damit zur grundsätzlichen Verbundenheit von großbürgerlichen und feudalen Klasseninteressen zu bekennen. Auf der anderen Seite eliminiert er die Arbeiterbewegung als die einzige überzeugende Kraft einer „Revolution von unten", die seine „Revolution von oben" gefährden könnte, aus dem legalen politischen Kräftefeld.

Politischer und ideologischer Zwang gehen dabei Hand in Hand. Bismarck legt sein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie nicht zu einem beliebigen Zeitpunkt vor. Er wartet vielmehr einen geeignet erscheinenden Anlaß ab, um mittels der Presse und anderer Instrumente eine Art Massenhysterie zu erzeugen. Den ersten Anlaß bieten die Schüsse, die der Klempnergeselle Hödel am 11. Mai 1878 auf den Kaiser abfeuert. Hödel ist indessen ein so ausgemachter Wirrkopf und sein Attentat so dilettantisch, daß Bismarcks Entwurf für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie im Reichstag mit 251 gegen 57 Stimmen abgelehnt wird. Bezeichnend für das Widerstreben der bürgerlichen Parteien ist die Bitte Rudolf Virchows, ihm den Schädel des hingerichteten Wirrkopfs für anatomische Untersuchungen zu überlassen. Außerdem unterliegt es keinem Zweifel, daß der Lumpenproletarier Hödel, der sich abwechselnd bei den Sozialdemokraten, den Anarchisten, den Nationalliberalen und den „Christlich-Sozialen" Stoeckers anzubiedern versuchte, allein von den Sozialdemokraten abgewiesen und ausgeschlossen worden war.

Es bedarf somit eines anderen Anlasses, um eine Massenhysterie zu erzeugen. Er findet sich neun Tage nach der Ablehnung des ersten Ausnahmegesetzes durch den Reichstag. Am 2. Juni 1878 schießt ein Dr. Karl Nobiling mit einer Schrotbüchse auf den Kaiser und verwundet ihn schwer. Der Attentäter richtet anschließend die Waffe gegen sich selbst und stirbt am 10. September. Nobiling können keine Verbindungen zur Sozialdemokratie unterstellt werden. Er ist vielmehr eine verkrachte bürgerliche Existenz. Dennoch bringt der offfiziöse „Telegraph" noch am Abend des Attentats eine amtliche, in Wirklichkeit erfundene Mitteilung, wonach Nobiling bei einer gerichtlichen Vernehmung ausgesagt haben soll, daß er sozialistischen Tendenzen huldige. Die Massenhysterie erfaßt nunmehr nicht bloß den konservativen Mob, sondern sämtliche bürgerlichen Parteien. Die Nationalliberalen bieten sich an, dem Ausnahmegesetz über die parlamentarischen Hürden zu helfen. Aber Bismarck will mehr: Er löst den Reichstag auf und schreibt Neuwahlen aus. Für die Wahlzeit verhängt Bismarck ein „System des weißen Schreckens", mit dem das Bürgertum vollends um seine Sinne und zu schmählichsten Bekundungen seiner Loyalität gegenüber dem Regime gebracht wird.

Franz Mehring berichtet von einer „Denunziantenpest", die bis in die Familien drang: „Der Gatte war nicht mehr vor der Gattin, der Vater nicht mehr vor dem Sohne sicher. Ein beliebter Trick der Denunzianten bestand darin, in Arbeiterversammlungen oder in Wirtshäusern, wo Arbeiter verkehrten, plötzlich ein Hoch auf den Kaiser auszubringen; wer dann nicht aufstand oder nicht das Haupt entblößte, war wegen Majestätsbeleidigung geliefert."

Mit solchen „Delirien" (Mehring bewirkt Bismarck zunächst die Reduzierung des Stimmenanteils von Liberalen und Sozialdemokraten bei den angesetzten Reichstagswahlen. Von dieser politischen Basis aus kann er die Nationalliberalen völlig an die Wand drücken. Sie stimmen jetzt einem noch weit schärferen Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie zu. Das Gesetz wird am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 49 Stimmen angenommen. Das Stimmenverhältnis hat sich also gegenüber der Abstimmung über die erste, mildere Fassung des Ausnahmegeset-

zes gerade umgekehrt. Dabei hat sich objektiv gar nichts weiter getan, als daß eine verkrachte bürgerliche Existenz auf den Kaiser schoß. Entscheidend war eben nicht der objektive Tatbestand, sondern das, was Bismarck und die Medien daraus zu machen verstanden. Daß ihnen die Erzeugung solcher „Delirien" gelungen ist, legt Zeugnis ab vom Geisteszustand eines Bürgertums, das seine ursprünglichen demokratischen und liberalen Ideale einer blinden Autoritätsgläubigkeit und Untertanenmentalität zu opfern begonnen hatte.

Im Grunde gleichen beide Attentate auf den Kaiser demjenigen, das der Bürgermeister Tschech 1844 auf den preußischen König Friedrich Wilhelm IV. verübte. - Damals kein Anlaß zur Massenhysterie, sondern für ein demokratisches Spottlied, in dem das Mißlingen des Attentats ironisiert wurde: „Hatte je ein Mensch so'n Pech, wie der Bürgermeister Tschech, daß er diesen dicken Mann, auf zwei Schritt nicht treffen kann!"

Bismarcks Vorgehen demonstriert, wie politischer und ideologischer Zwang sich gegenseitig bedingen und durchdringen. Gegenüber einer Weigerung der Reichstagsmehrheit wäre ihm nichts anderes übriggeblieben, als erneut die Verfassung zu brechen und die Sozialdemokratie mit brutaler, durch nichts als die reine Verfügung über Militär, Polizei und Justiz legitimierter Gewalt zu unterdrücken. Inzwischen ist aber das politische und ideologische Rückgrat der bürgerlichen Parteien gebrochen. Sie haben sich auf eine zwischen Aufbegehren und Fügsamkeit schwankende Loyalität gegenüber dem Regime eingelassen. Sie haben ideologisch ihren Tribut gezollt: Recht und Ordnung, das Reich, die Nation, der Kaiser und sein Regime werden sich in einem dumpfen Nationalismus immer ähnlicher. Diese ideologische Loyalität vermag Bismarck als politisches Handeln einzufordern. Den willkommenen Anlaß bietet, daß auf den Kaiser als die charismatische Repräsentationsfigur des Systems geschossen wurde. Das erste Mal wollen und können sich die Liberalen dem Ansinnen noch entziehen, weil der Kaiser nicht verletzt wurde. Dafür werden sie um so stärker in die Pflicht genommen, nachdem ein zweites Attentat erfolgte und der Kaiser getroffen wurde. Bismarck schlägt ihnen die Ideologie, auf die sie sich eingelassen haben, regelrecht um die Ohren. Anstatt die nunmehr signalisierte Zustimmung zum Ausnahmegesetz anzunehmen, löst er den Reichstag auf und verbessert im Zuge von Neuwahlen seine parlamentarische Basis zu Lasten der Liberalen. Gestützt auf diesen politischen Fakt kann er den Reichstag nunmehr ein noch weit schärferes Ausnahmegesetz beschließen lassen. Bei alledem spielt keine Rolle, daß es keine Verbindung zwischen den Attentätern und der Sozialdemokratie gibt. Anstatt auf diesem Fakt zu insistieren, wie es rechtsstaatlichem Verständnis entspräche, akzeptieren die Liberalen das konservative Horrorgemälde eines terroristischen Sumpfes mit der Sozialdemokratie als Mittelpunkt. Uneingestanden mag bei den Liberalen die Hoffnung eine Rolle spielen, sich eines politischen Konkurrenten zu entledigen. Offen zum Ausdruck kommt dies freilich nicht. Sichtbar wird lediglich eine Massenhysterie, die alle auftauchenden Ungereimtheiten und Widersprüche hingelegt.

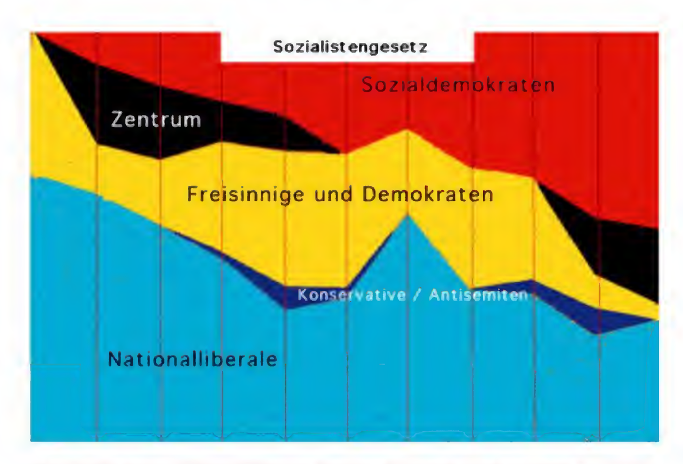
Das Ausnahmegesetz gegen die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" ist zunächst auf drei Jahre befristet. Es wird aber mehrfach vom Reichs-

tag verlängert. Insgesamt befindet sich die Sozialdemokratie zwölf Jahre lang in einem Zustand der Illegalität. Das Gesetz kann zwar nicht verhindern, daß die Stimmenzahl für die - der Bevölkerung wie der Polizei als solchen bekannten - legalen Kandidaten der Sozialdemokratie bei den Wahlen wächst. Es behindert aber sehr wohl die propagandistische Arbeit der Partei nach außen und auch die innerparteiliche Auseinandersetzung, wie sie in Marxens Kritik am Gothaer Programm bzw. an der lassalleanischen Erblast der Partei zum Ausdruck kam. Die allgegenwärtige Verfolgung und Schikanierung der Parteianhänger bietet zu solchen Auseinandersetzungen weder Zeit noch Gelegenheit. Insofern hinterläßt das Gesetz sicherlich seine Spuren in der Partei.

Hinzu kommt, daß Bismarck die Taktik von „Peitsche und Zuckerbrot“ (Mehring) auch gegenüber der Arbeiterbewegung anwendet. Hatte er zuvor die Bourgeoisie in ihrem politischen Machtanspruch gedeckelt, gleichzeitig aber ökonomische Zugeständnisse gemacht, so verbindet er jetzt die Unterdrückung der Sozialdemokratie mit sozialen Zugeständnissen an die Arbeiterschaft. Drei Jahre nach Erlaß des Sozialistengesetzes wird in einer kaiserlichen Botschaft eine Sozialgesetzgebung angekündigt. 1883 kommt zunächst die Krankenversicherung und 1884 die Unfallversicherung für Arbeiter zustande. 1889 folgt die Alters- und Invalidenversicherung. Damit verfolgen die herrschenden Klassen das erklärte ideologische Ziel, „den besitzlosen Klassen der Bevölkerung durch erkennbare direkte Vorteile die Überzeugung nahezulegen, daß der Staat ihnen ebenso diene wie den bemittelten Klassen“ (Meyers Konversations-Lexikon von 1902). Und sicher bleibt dieser Versuch, trotz der anfänglichen Zurückweisung solcher „Verbesserungen der Armenpflege“ (Mehring), auf die Dauer nicht erfolglos.

Das Sozialistengesetz erweist sich allerdings als eindeutiger Fehlschlag, soweit es die Zerschlagung der Sozialdemokratie und ihrer Wählerschaft zum Ziele hatte. 1889 scheitert ein von Bismarck nur halbherzig betriebener Versuch zur Verewigung des Ausnahmegesetzes im Reichstag. Am 20. Februar des folgenden Jahres erringt die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen von allen Parteien die meisten Wählerstimmen: Über 1,4 Millionen. Dieses eindrucksvolle Plebiszit kann - ungeachtet der autoritären Staatsverfassung - von den herrschenden Klassen nur um den Preis der „Verrottung“ (Mehring) der eigenen Herrschaft ignoriert werden. Hinzu verstrickt sich Bismarck in einen Streit mit dem neuen Kaiser, der mit seiner Entlassung endet. Noch im gleichen Jahr läuft das Sozialistengesetz aus, ohne erneuert zu werden.

Der Abgang Bismarcks wurde nur von der Sozialdemokratie bejubelt. Für das deutsche Bürgertum war der ehemalige Erzfeind der Liberalen längst zu einer übermächtigen Vater-Figur geworden, deren Größe seine eigene Erbärmlichkeit bedingte und ergänzte. Der Psychologe und spätere DDP-Politiker Willy Hellpach schrieb aus der Sicht des Jahres 1905 von einem „furchtbaren Angstparoxysmus“, der die deutsche Bourgeoisie beim Abgang ihres Zuchtmeisters befallen habe: „Mit Otto von Bismarck schien das letzte Symbol der alten geschlossenen Kraft dahinzustürzen. Man muß den Ton verstehen: es ist ein Aufschrei des Schreckens, der Angst, ein Aufschrei der völligen Verlassenheit, der angesichts dieses Ereignisses



Diese Grafik zeigt das Stärkeverhältnis der Parteien bei den zehn Reichtagswahlen von 1871 bis 1903 im Wahlkreis Mannheim-Schwetzingen-Weinheim. Das Sozialistengesetz von 1878 bis 1889 kann den Aufstieg der Sozialdemokratie offensichtlich nicht verhindern. Da der Reichstag nur bescheidene Mitspracherechte besaß, dürfen die Wahlergebnisse allerdings nicht im Sinne einer allmählichen Erringung der Macht mißverstanden werden. Sie waren vor allem als Stimmungsbarometer aufschlußreich.

die bürgerlichen Schichten der Nation durchzittert. [. . .] Gott längst verloren; nun auch der verloren, der wie ein Mittler zwischen den Deutschen und ihrem Geschick gewaltet hatte . . .".

Die bürgerlichen Ängste beim Abgang Bismarcks waren nicht unbegründet, wie sich spätestens 24 Jahre später herausstellen sollte. Dem preußisch kujonierten Bürgertum waren mit den freiheitlichen Regungen auch politischer Verstand und Augenmaß ausgetrieben worden. Der so gezüchtete Untertanengeist verlangte nach einer überlegenen Führung, die das hatte, woran es ihm selber gebrach. Fatalerweise war aber jene Klasse, deren Geschäfte Bismarck so klug besorgt hatte, gar nicht fähig, sein Erbe fortzuführen. Kaiser Wilhelm II. glich in seiner bombastisch-hohlen Art mehr einem bürgerlichen Parvenü als einem kühl wägenden Sachwalter feudalen Standesinteresses im bürgerlichen Zeitalter. Er verkörperte dieselbe Borniertheit wie der durchschnittliche Bourgeois. So verbanden sich die alten, abgewirtschafteten Klassen mit einer Bourgeoisie, deren Emanzipation auf halbem Wege stehengeblieben war. Aus dem liberalen Trauma entstand ein irrationaler Bismarck-Kult, der nach dem Sturz des Kaisers in die kleinbürgerliche Sehnsucht nach dem charismatischen „Führer" mündete.

Wochenblatt für die Pfalz.

№ 26. Samstag, 28. Juni 1856.

Abonnements-Preis: in vierteljährlicher Vorausbezahlung 36 Kreuzer, ohne Post-Aufschlag. — Bestellungen auf dasselbe bittet man den nächstgelegenen Post-Expeditionen zu übermachen.

Schlußwort an die Leser!

Mit dem heutigen Blatte müssen wir von unsern Lesern Abschied nehmen. Gleich unsere erste Nummer ist Gegenstand der Beschlagnahme, Anklage und Verurtheilung vor den Gerichten der bayerischen Pfalz geworden, und die verurtheilenden Richter haben die Gelegenheit eifrig ergriffen, sofort das Verbot des „Wochenblattes“ auszusprechen. Vielleicht irren wir nicht, wenn wir annehmen, daß mit demselben Grunde, womit diese erste Nummer verurtheilt ward, auch aus allen folgenden etwas Strafwürdiges hätte herausverhört werden können. Denn selbst wenn man in Rechnung bringt, daß die in jener Nummer kritisirte Persönlichkeit eines besondern gesetzlichen Schutzes nicht nur zu genießen, sondern auch zu bedürfen schien (während wir unsererseits dieselbe eben so wenig für unverletzlich als für heilig angesehen haben); — so macht Einem doch der ganze Zusammenhang der Dinge den Eindruck, daß die Maßregel hier Zweck, das Urtheil eher Mittel war. Es ist uns Das von den kundigsten und verschiedensten Stimmen aus der Pfalz so bestimmt vorausgesagt worden, daß wir kaum der eigenen Erfahrung bedurft hätten, um uns davon unwidersprechlich zu überzeugen. Nun ist es so gekommen, wie man voraussagte; man hat den ersten Anlaß ergriffen, über ein in seinen Formen durchweg gemäßigtes, aber unabhängiges Blatt das gerichtliche Todesurtheil zu verhängen, — um aller Welt den handgreiflichen Beweis zu liefern, daß es Verwaltungs-Systeme gibt, die eine unabhängige Presse durchaus nicht ertragen können. Ob es klug gethan war, dies so rasch und offen kund zu geben, die Frage wollen wir auf sich beruhen lassen; das Monopol, das auf diesem Wege einer Presse im Styl der „Pfälzer Zeitung“ gesichert wird, hat in jedem Falle nichts Beneidenswerthes.

Mit jenem Verbot ist aber der Mission, die das „Wochenblatt“ auf sich genommen, ein Ziel gesteckt. Es galt uns vor Allem, auf dem Boden der Pfalz das constitutionelle Recht gegen bureaukratische Willkühr zu verfechten, dem System der Einschüchterung den besonnenen Freimuth entgegen zu setzen, der Presse feiler Claqueurs mit Offenheit und Wahrheit zu begegnen. Das gerichtliche Verbot drängt uns aus dem Kreise der Hörer, deren Bedürfniß zunächst das Blatt in's Leben gerufen hat, hinweg; wir ziehen es vor, ganz zu schweigen. Auch die erfreuliche Wahrnehmung, daß das „Wochenblatt“ während seiner kurzen Wirksamkeit sich Freunde in weitern Kreisen erworben hat, die vielleicht sein Aufhören bedauern, auch dies kann uns in unserem Entschlusse nicht irre machen. Einstweilen mag das starke Regiment jenseits, durch das Beispiel der im nahen Kaiserreich herrschenden Präfectenwirthschaft ermuthigt, ruhig fortfahren, sich seine „wahrhaft freien und muthigen Männer“ heranzubilden; wir wollen es darin nicht stören.

Ob die unabhängigen Männer der Pfalz einen zweiten Versuch, sich Gehör zu schaffen, unternehmen werden, können wir nicht sagen; wir wünschen wenigstens, daß dieser erste sie nicht abschrecken möge. In jedem Falle ist es eine wohlfeilere Sache, über den Druck und die Einschüchterung im Stillen zu klagen, als offen dafür das Wort zu nehmen; das beweisen die jüngsten Preßprocesse in der Pfalz und der Proceß gegen den Rentner Fröhlich. Ein System, wie das bezeichnete, kann nur bestehen, wenn es eine entmuthigte Presse, entmuthigte Richter und eine entmuthigte Bevölkerung unter sich hat. Wenn es aber einmal so weit kommen kann, so darf man darum niemals die Regierenden allein anklagen; auch die Regierten haben daran ihr gutes Theil. Es besteht in jedem deutschen Staate Recht und Gesetz genug, um den Einzelnen wie den Massen Mittel zur legalen Vertheidigung zu geben; aber man muß den Muth haben, sie zu brauchen. Die Dreistigkeit der Einen nährt sich an der Feigheit der Andern. Insofern hatte jener Staatsmann Recht, wenn er den Klägern über Wahlbeherrschung zurief: Schämt Euch, warum habt ihr Euch beherrschen lassen? Insofern hatte auch jener Pessimist Recht, wenn er sagte: jede Nation sei gerade so gut regiert als sie es verdient.

Es dünkt sich wohl Mancher was Rechtes, wenn er im engsten Vertrauen und unter vier Augen über Druck und Gewaltthätigkeit klagt, aber von hundert Bedenken überwältigt wird, sobald man ihm anmuthet, sein gutes Recht, vielleicht mit einiger Unbequemlichkeit, offen zu verfolgen. Oder es hält sich Mancher für einen wackern Patrioten, wenn er in stolzer Zurückgezogenheit sich in den Mantel seiner Bürgertugend hüllt und die Dinge gehen läßt wie sie gehen; sein erhabener Fatalismus ist aber doch nichts weiter, als eine andere Form der Mattherzigkeit. Auch dünkt sich Mancher ungemein gesinnungstüchtig, wenn er die müde Rosinante abgetriebener Parteistichwörter vollends zu Tode reitet und um Papierschnitzel hadert, während er sich besinnt, ob es der Mühe werth ist, um wirklicher Realitäten willen auf die Bresche zu gehen.

In seinem Abschiedswort an die Leser beklagte das „Wochenblatt für die Pfalz“ die Engstirnigkeit der herrschenden Gewalten

Wochenblatt für die Pfalz

(5. Januar 1856 - 28. Juni 1856)

„Ein größerer Kreis unabhängiger Männer der Pfalz" veranlaßte 1856 den Mannheimer Buchdrucker Heinrich Hogrefe, in seinem Betrieb und unter seiner Verantwortlichkeit das „Wochenblatt für die Pfalz" herauszubringen. Die beiden ersten Nummern erschienen am 5. und 12. Januar als Probeblätter. Seinen künftigen Kurs umriß das Blatt so: Gegen das herrschende Übermaß an Bürokratie, für die beschleunigte Herbeiführung der nationalen Einigung und gegen das „Aufbrechen alter Wunden", womit die Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche gemeint war.

Diese Programmpunkte und der sonstige Inhalt trugen die Handschrift des liberalen pfälzischen Bürgertums. Offenbar hielt man die Stunde für gekommen, die feudalen Gewalten zu größerer Vernunft zu mahnen. Politische Willkür, nationale Zersplitterung und obrigkeitliche Gängelung der Wirtschaft, wie sie die Restaurationsepoche kennzeichneten, mußten sich auf Dauer hinderlich für jede weitere Entwicklung auswirken. Vor allem das Besitzbürgertum hatte ein Interesse daran, „zur Bildung einer ruhig besonnenen und charakterfesten öffentlichen Meinung in unserem Teile des Vaterlandes etwas beizutragen".

Ab der Nummer 14 vom 5. April 1856 zeichnete Carl Pfeiffer in Heidelberg für die Redaktion verantwortlich. Druck und Expedition verblieben bei Heinrich Hogrefe.

Außer vorsichtig temperierten Appellen zur Mäßigung an die Adresse der herrschenden Gewalten brachte das „Wochenblatt für die Pfalz" hauptsächlich Gesetzentwürfe zum Abdruck, an denen in Handels- und Gewerbekreisen ein lebhaftes Interesse herrschte. Trotz der vorsichtigen Gangart verfiel schon die erste Nummer der Beschlagnahme: Das Wochenblatt hatte die Eröffnungsrede des General-Procurators am Zweibrückener Appellationsgericht als Beispiel reaktionärer Beschränktheit aufs Korn genommen. Der General-Procurator fühlte sich gekränkt und verklagte das Blatt. Das Gericht ergriff die Gelegenheit, ein Verbot des Wochenblatts für die bayerische Pfalz auszusprechen. Darauf stellte das Wochenblatt mit der Ausgabe vom 28. Juni 1856 sein Erscheinen gänzlich ein.

Im „Schlußwort an die Leser" kondolierte das Wochenblatt den herrschenden Gewalten zu ihrer Engstirnigkeit:

> *„Man hat den ersten Anlaß ergriffen, über ein in seinen Formen durchweg gemäßigtes, aber unabhängiges Blatt das gerichtliche Todesurteil zu verhängen, - um aller Welt den handgreiflichen Beweis zu liefern, daß es Verwaltungs-Systeme gibt, die eine unabhängige Presse durchaus nicht ertragen können. Ob es klug getan war, dies so rasch und offen kund zu geben, die Frage wollen wir auf sich beruhen lassen."*

Nr. 88. Erstes Blatt — 18. Jahrgang.

Neue Badische Landes-Zeitung

Mannheimer Anzeiger

Montag 30. März 1868.

Telegramme

Politische Uebersicht

Zu den Wahlen in Süddeutschland.

Deutschland

Kein Ausweg.

Titelseite der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" vom 30. März 1868



Fortsetzung der Fahrniß-Versteigerung

Dienstag, den 31. März
Nachmittags 2 Uhr

Mannheim, den 28 März 1868.
C. Scharpff.

Einladung.

Wein-Versteigerung
Mannheim.

Donnerstag 16 April

Adam Münd

Fahrniß-Versteigerung
Montag den 30. März Nachmittags 2 Uhr

Danksagung.

Warnung.

Restauration z. g. Stern

Champagner:

Jakob Uhl

Aechter Nürnberger
Meerrettig
bei J. G. Schreck B 2. 15.

Mannheimer Vorträge.

11. Abend.

Dienstag, den 31. März 1868
Abends 7 Uhr
im Saale der Aula:
Vortrag des Herrn Dr. Landsberger aus Darmstadt
Ueber Samiel und die Teufels-Idee in der Geschichte.
Einzelkarten zu 1 fl zu haben in der Buchhandlung von J. Schneider und Abends an der Kasse. (7657)

Dilettanten-Verein.

Dienstag den 31. März
Musikalische Aufführung
im Saale des Badner Hofes.
Anfang ½ 8 Uhr

Consum-Verein.

1) mit Herrn Jos. Hamburger, H 1, 10, für Ochsen- und Schweinefleisch
2) " " Josef Metzger, F 4, 13, für Rindfleisch,
3) " " Jos. Rettmeyer, H 5, 12, für Kalbfleisch,
4) " " Jos. Gg. Fesenbecker, S 4, 23, Brod und Backwaaren

Der Verwaltungsrath.

Löwenkeller.

In der großen Halle
Heute Sonntag den 29. März
Große Vorstellung

Grünes Haus.

CONCERT
der HARMONIE-MUSIK des II. Inf.-Reg.

Mühlau-Schlößchen.

Grosse Musikalische Production

Zum weißen Bären.

MUSIKALISCHE UNTERHALTUNG.

Eröffnung
der Wirthschaft von Peter Müller im Pflügers-Grund
seit Samstag den 28 März 1868.

Peter Müller

Strohhutwäsche.

Herren- und Damen-Strohhüte

Diet. Jrschlinger, Hutfabrikant.

Strumpfwaaren,

Georg Kahnweiler, G 2. 24. Kirchenstrasse 6

Bettfedern, Flaumen,

Jacob J. Reis,

En-tous-cas & Entre-deux

S. Wellmann.
F. 2. 14. Carlsstrasse

Versteigerungs-Ankündigung.

Montag den 30. d. Mts. Nachmittags 2 Uhr

Gustav Glorer, Waisenrichter.

Nähmaschinen

Original-Maschinen

Henriette Hild.

Filz- u. Seidenhüte

Diet. Irschlinger Hutfabrikant.

Reform der Schutzpockenimpfung
durch die
Vaccination direkt von Kühen
in ihrer praktischen Bedeutung
von Dr. med. Pissin, pr. Arzt.

Maria Schiller

Neueste Aenderung
der
Pfälzischen
Eisenbahnenfahrpläne,

Feinstes Kaisermehl

Apotheker Bergmann's
Eispomade

Stelle-Antrag.

Stelle-Gesuche

Zu verkaufen.

Zu verkaufen.

Anzeigenseite aus der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ vom 30. März 1868

Neue Badische Landes-Zeitung

(1856 - 1934)

Nach der gescheiterten Revolution von 1848/49 hatte die Reaktion der gesamten demokratischen Presse in Baden und Mannheim den Garaus gemacht. Viele Demokraten büßten ihre Teilnahme am Aufstand mit langjährigem Kerker oder Tod. Noch mehr flüchteten vor den preußischen Standgerichten ins Ausland, in die Schweiz, nach Frankreich, England oder in die USA. Die Zurückgebliebenen ballten vorerst die Faust in der Tasche und hofften auf bessere Zeiten.

Einer dieser unentwegten Achtundvierziger war der junge Johann Schneider, den es aus Hessen über die Schweiz nach Mannheim verschlagen hatte. Schneider hatte dem Rebellen-Führer Zitz als Adjutant gedient. Mit den Resten der badisch-pfälzischen Revolutionsarmee war er 1849 in die Schweiz übergetreten und hatte im Betrieb des Berner „Bund" das Druckerhandwerk erlernt. Anfang der fünfziger Jahre faßte er in Mannheim Fuß und errichtete in N 2, 9 eine kleine Druckerei. Am 1. August 1856 brachte der 29Jährige die erste Nummer des „Mannheimer Anzeiger" heraus.

Der „Mannheimer Anzeiger" war zunächst ein reines Anzeigenblatt. Politisches Profil konnte er erst gewinnen, nachdem die schlimmste Phase der Reaktion vorbei war. Auch dann blieb Meinungsäußerung nur in sehr engen Grenzen zulässig. Dies erklärt die zeitweilige, scheinbare Gemeinsamkeit jener Personen und Gruppierungen, die sich um die neugegründete Zeitung scharten: Im „Mannheimer Anzeiger" schrieben August Lamey, der spätere Nationalliberale, Heinrich von Feder, der spätere Führer der Demokraten, und Johann Peter Eichelsdörfer, der Vorsitzende des Mannheimer Arbeiterbildungsvereins.

Schneiders „Mannheimer Anzeiger" verkörperte die Anfänge einer neuen, nicht regierungshörigen Presse nach dem Kahlschlag der Konterrevolution. Um ihn schienen sich daher noch einmal alle jenen Kräfte zu scharen, die im Vormärz zur antifeudalen Opposition im weitesten Sinne gehört hatten: Kleinbürgertum, Großbürgertum und der „vierte Stand" der Arbeiterschaft.

Diese scheinbare Eintracht dauerte freilich nicht mehr lange. Die „Fortschrittspartei", die sich im Frühjahr 1866 aus liberalen Abgeordneten der zweiten Kammer gebildet hatte, zerfiel schon 1868. Im März 1868 beschlossen Mannheimer Demokraten die Gründung einer eigenen Partei. Schon seit 1865 trug das Mannheimer „Deutsche Wochenblatt", das dem linksliberalen Teil der Fortschrittspartei als Forum diente, den Untertitel „Organ der deutschen Volkspartei". Am 20. September 1868 kam es dann in Stuttgart zur förmlichen Gründung der „Deutschen Volkspartei" als Sammelpartei der linksliberalen Kräfte in (Süd-)Deutschland. Den Vorsitz übernahm Leopold Sonnemann, Verleger der „Frankfurter Zeitung". Im Dezember desselben Jahres legte der rechte Flügel der ehemaligen Fortschritts-

partei in Offenburg das Programm einer nationalliberalen Partei vor. In Mannheim konstituierte sich der „Preußenverein", wie ihn die Demokraten verächtlich nannten, am 1. Juni 1869.

Als die Räume in N 2, 9 zu klein wurden, verlegte Schneider seinen Betrieb Ende 1858 nach 0 3, 6, in die ehemalige Gastwirtschaft „Zum Vogelsang" an den Planken, die in den Revolutionstagen ein beliebter Treffpunkt der republikanischen „Sensenmänner" gewesen war. Im Hinterhaus wurde die mit Dampfmaschine betriebene Druckerei installiert.





Johann Schneider (links) und Johann Peter Eichelsdörfer (rechts) redigierten die „Neue Badische Landes-Zeitung" als Sprachrohr der demokratischen Partei. Eichelsdörfer gab anschließend die „Deutsche Arbeiterhalle" und die „Mannheimer Abendzeitung" heraus. Später kehrte er wieder als Redakteur zur „Neuen Badischen Landes-Zeitung" zurück.

Am 18. März 1866 verlieh Schneider seinem Blatt den neuen Titel „Neue Badische Landes-Zeitung". Dem Titel kam programmatische Bedeutung zu - mit Blick auf die „Badische Landes-Zeitung" in Karlsruhe, die das Organ der Regierungspartei war. Kurz darauf - ab 1. April 1866 - erschien die Zeitung zweimal täglich. Morgens um neun kam ein erstes Blatt mit vier Seiten heraus, abends um sechs ein zweites mit zwei Seiten. Auch am Montag, dem bisher zeitungsfreien Tag der Woche, erschien jetzt ein „Montagsblatt". Es wurde zwei Jahre später aufgrund eines Beschlusses des deutschen Buchdruckerverbandes wieder eingestellt. Die Zeitung hatte inzwischen eine Auflage von 5000 Exemplaren erreicht.

Ende Mai 1886 tilgte Schneider den Zusatz „Organ der Fortschrittspartei" aus dem Titel der Zeitung. Um dieselbe Zeit trat der Kammerabgeordnete Heinrich von Feder, der Mitarbeiter des Blattes war, aus der Fortschrittspartei aus. Die alte liberale Sammelbewegung zerfiel wenig später auch organisatorisch in die linksli-

berale „Deutsche Volkspartei“ und die rechtsgerichtete „Nationalliberale Partei“. Die „Neue Badische Landes-Zeitung“ vertrat die Linie der Deutschen Volkspartei.

Bis 1864 redigierte Scheider sein Blatt allein. Für die Nachbarn war es ein vertrauter Anblick, ihn morgens bei Kerzenschein die Manuskripte druckfertig machen zu sehen. 1865 trat als zweiter Redakteur Johann Peter Eichelsdörfer ein, der beruflich und politisch aus ähnlichem Holz wie Schneider geschnitzt war. Eichelsdörfer führte unter anderem den Vorsitz im Mannheimer Arbeiterbildungsverein mit über 2000 Mitgliedern.

1866 überwarf sich Eichelsdörfer mit Schneider und schied zum 21. Juli aus der Redaktion wieder aus. Der gelernte Drucker tat es seinem ehemaligen Brotherrn gleich, eröffnete eine eigene Druckerei und brachte ab 1869 das Konkurrenzblatt „Mannheimer Abendzeitung“ heraus. Zwischendurch veröffentlichte er im Auftrag des Ausschusses deutscher Arbeitervereine, dessen Vorstand er angehörte, die „Deutsche Arbeiterhalle“.

Die föderalistisch gesinnte und gestimmte Bevölkerung in Süddeutschland kann sich für diese Staatsidee nicht begeistern. Daher ihre Abneigung gegen den preußisch-deutschen Staat, daher ihr Widerspruch gegen die Bismarckische Gleichmacherei, gegen die Politik von „Blut und Eisen“, kurz, gegen die Kopie des Zäsarismus, der Frankreich an den Abgrund des Verderbens gebracht hat. — Deutsch aber, gut deutsch ist die Bevölkerung in Süddeutschland, und wenn sie sich

Die süddeutschen Demokraten lehnten die Einigung Deutschlands unter preußisch-reaktionärer Vorherrschaft entschieden ab (Kommentarausschnitt aus der Titelseite der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“! vom 3. 3o. 1868)

Der Zeitpunkt von Eichelsdörfers Austritt aus der Redaktion läßt Rückschlüsse auf politische Meinungsverschiedenheiten zu: „Preußen wird sich wohl zweimal besinnen, ehe es die Losung zum Brudermord ausgibt“, hatte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ im März des Jahres geschrieben. Am 3. Juli hatten jedoch die Preußen bei Königgrätz über die Österreicher gesiegt. Damit war eine neue Situation entstanden, die auch innerhalb der Redaktion diskutiert worden sein dürfte. Jedenfalls schlug die „Mannheimer Abendzeitung“, die Eichelsdörfer später herausgab, in der deutschen wie in anderen Fragen einen radikaleren Ton an als die „Neue Badische Landes-Zeitung“.

Die Folgen des preußischen Siegs sollte Schneider noch am eigenen Leib verspüren: Im März 1868 wurde die „Neue Badische Landes-Zeitung“ von den Preußen in

Frankfurt verboten. Anlaß war ein Artikel, in dem republikanische Forderungen erhoben worden waren. Aufgrund desselben Artikels wurde Schneider in Baden zu drei Monaten Festungshaft und 300 Gulden Buße verurteilt.

Am 6. Juli 1868 trat Schneider seine Festungshaft in Rastatt an. Am gleichen Tag übernahm Eichelsdörfer wieder die Redaktion der „Neuen Badischen Landes-Zeitung". Ab 14. Dezember zeichnete Dr. Joseph Stern von der Berliner „Zukunft" als verantwortlicher Redakteur.

Sowohl Schneider wie Eichelsdörfer müssen sich allmählich in der Rolle des Don Quichote gefühlt haben, der erfolglos gegen Windmühlenflügel kämpft: Die kleindeutsch-reaktionäre „Einigung von oben", die sie so erbittert ablehnten, schritt mit aktiver Beteiligung des Bürgertums zügig voran. Der deutsch-französische Krieg von 1870/71 lähmte die demokratische Opposition gegen Preußen und führte zum zeitweiligen Burgfrieden mit den Nationalliberalen. Gemeinsamkeit lautete die Parole.

Schneider verkauft die Zeitung an Aktionäre aus der demokratischen Partei

Unter diesen Umständen scheint Schneider resigniert zu haben. Auch private Gründe veranlaßten ihn, die „Neue Badische Landes-Zeitung" gegen Endes des Jahres 1870 einem Konsortium von Aktionären aus der demokratischen Partei zu übertragen. Die Kaufsumme betrug 107 000 Gulden. Mit Beginn des Jahres 1871 ging die Zeitung, die inzwischen eine Auflage von 8500 Exemplaren erreicht hatte, in Besitz der neugebildeten „Mannheimer Vereinsdruckerei AG" über. Als Verwaltungsräte der Aktiengesellschaft traten der Gastwirt Beauval, der Bankier Kahn, der Anwalt von Feder und der Buchhändler Sigmund Bensheimer in Erscheinung.

Dasselbe Konsortium kaufte Eichelsdörfers „Mannheimer Abendzeitung" auf und stellte das Blatt ein. Eichelsdörfer kehrte als zweiter Redakteur zur „Neuen Badischen Landes-Zeitung" zurück. Erster Redakteur blieb Joseph Stern. Als Stern 1872 ausschied, ersetzte ihn Karl Volckhausen, der frühere Chefredakteur der „Frankfurter Zeitung".

„Die Einigung Deutschlands, wie sie sich jetzt vollzieht, vollzieht sich nicht in der von uns gewünschten Weise", konstatierte die „Neue Badische Landes-Zeitung" nach dem Sieg über Frankreich. Der neue Chefredakteur Volckhausen schrieb unbeirrt: „Die Zukunft gehört der Republik." Auch später fehlte die „Neue Badische Landes-Zeitung" am Sedanstag oder bei Kaisers Geburtstag im Jubelchor der bürgerlichen Presse.

Nach Volckhausens Weggang 1875 übernahm Eichelsdörfer die Stelle des leitenden Redakteurs. Als Bismarck mit Unterstützung der Nationalliberalen das Sozialistengesetz erließ, sah Eichelsdörfer darin eine Ausgeburt des „im schneidendsten Widerspruch zum Geist aller modernen Anschauungen stehenden Phönix der Reaktion". Ebenso verschmähte es die „Neue Badische Landes-Zeitung", sich an Bismarcks „Kulturkampf" gegen die katholische Kirche zu beteiligen, den sie als pseudo-liberalen Wechselbalg einer reaktionären Politik erkannte.

Unter der scheinbar intakten Oberfläche des Linksliberalismus bröckelte es jedoch bereits. So erregte es damals in Zeitungskreisen Verwunderung, daß Volckhausen seine Stellung bei der „Frankfurter Zeitung“ aufgab, um die Leitung der politisch verwandten, aber doch weniger bedeutenden „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ in Mannheim zu übernehmen. Die Hintergründe kamen einige Jahre später ans Tageslicht und führten zu einem handfesten Presseskandal: Die „Frankfurter Zeitung“ steckte im Sumpf der Korruption. Redakteure und Herausgeber hatten sich systematisch Beteiligungen an profitablen Kapitalanlagen verschafft, indem sie mit entsprechenden günstigen oder ungünstigen Besprechungen in den Spalten ihres einflußreichen Blattes Druck ausübten. Der einzige Ahnungslose scheint Volckhausen gewesen zu sein. Als er erkannte, daß auch der Herausgeber Leopold Sonnemann von den trüben Geschäften profitiert hatte, trat er in aller Stille zurück.



Franz Mehring war Berliner Korrespondent der NBLZ und brachte den Skandal um die „Frankfurter Zeitung“ ins Rollen

Ruchbar wurde die Sache erst durch den Journalisten Franz Mehring, dem Volckhausen drei Jahre später die belastenden Unterlagen übergeben hatte (Mehring war Volckhausen als Berliner Korrespondent der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ empfohlen worden). Die Affäre warf ein bezeichnendes Licht auf den Zustand, in dem sich der Linksliberalismus inzwischen befand: Der Tanz ums goldene Kalb erfaßte und durchdrang in den Jahren nach der Reichsgründung alle bürgerlichen Schichten und Lebensbereiche. Der schäbigste Schacher korrespondierte mit dem seligen Himmel der Prinzipien. Hier der Alltag des Manchester-Liberalismus - dort das feiertägliche Bekenntnis zu den märzlichen Freiheitsidealen. - So muß es wohl auch Franz Mehring selber gesehen haben, denn als er im Zuge der „Lindau-Affäre“ 1891 seinen Posten als Chefredakteur der „Berliner Volks-Zeitung“ verlor, trat er der Sozialdemokratie bei. Mehring wurde einer der bedeutendsten Publizisten der SPD und der wichtigste Historiker ihrer Parteigeschichte. Mit Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht - dem Sohn Wilhelm Liebknechts - gehörte er zur Führung der Linken in der Partei und im Dezember 1918 zu den Gründern der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD).

Die weitere Entwicklung der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ nach der Reichsgründung

Bei den Gemeindewahlen 1875 wurden der Verleger Bensheimer und der Redakteur Eichelsdörfer mit den Stimmen der Mannheimer Arbeiter in den Gemeinderat gewählt. Noch beherrschten die Demokraten unumschränkt das Rathaus, und Mannheim zählte neben Berlin und Frankfurt zu den einsamen Beispielen demokratisch geführter Stadtverwaltungen

Mitte der achtziger Jahre verloren die Demokraten dann das Landtagsmandat und die Mehrheit im Stadtrat an die Nationalliberalen. Um ihren alten Einfluß wiederzu-

Einige Angaben zu Erscheinungsweisen, Auflagen, Redakteuren und Eigentumsverhältnissen bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ von 1856 bis 1917 (jeweils zum Jahresende):

	Ausgaben (Woche)	Redaktionsleitung	Auflage	Eigentümer
1856	6	Schneider	1600	Schneider
1865	6	Schneider	3600	Schneider
1866	13	Schneider, Eichelsdörfer	6200	Schneider
1868	12	Schneider, Stern		Schneider
1871	12	Stern, Eichelsdörfer	8500	MVD (Beauval,Kahn, Feder, Bensheimer)
1873	12	Volckhausen, Eichelsdörfer		MVD (Beauval,Kahn, Feder, Bensheimer)
1876	13	Eichelsdörfer	8500	MVD (Beauval.Kahn, Feder, Bensheimer)
1881	13	Zahn		MVD (Sigmund, Albert und Julius Bensheimer)
1885	13	Becker		MVD (Sigmund, Albert und Julius Bensheimer)
1890	13	Gerard, Becker, Sacher-Masoch		MVD (Sigmund, Albert und Julius Bensheimer)
1899	13	Gerard, Becker		MVD (Albert und Julius Bensheimer)
1907	13	Scheel, Becker		MVD (Julius Bensheimer u. Heinrich Gütermann)
1917	13	Scheel, Becker, Haller		MVD (Heinrich Gütermann)

erlangen, verbündeten sie sich mit den Sozialdemokraten, was in den Augen der herrschenden Kreise eine unerhörte Mesalliance darstellte. Der neue Redakteur Vinzenz Becker erhielt wegen eines Artikels zwei Monate Gefängnis, wobei das Gericht der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ bescheinigte, daß sie „an der Grenze der Umsturzparteien stehe“. Dem Verleger Sigmund Bensheimer wurde eine Wahlrede verboten.

Innerhalb der demokratischen Partei, als deren alleiniges Organ die „Neue Badische Landes-Zeitung“ seit Einstellung von Eichelsdörfers „Mannheimer Abendzeitung” fungierte, war es inzwischen zu erheblichen Divergenzen gekommen. Sie entstanden durch den Masseneintritt von ca. 70 „Freisinnigen“, denen die Politik der Na-

tionalliberalen nicht mehr in jeder Hinsicht behagte. Den nationalen Hintergrund bildete dabei die Auseinandersetzung um Bismarcks Schutzzollpolitik, in der sich eine Gruppe nationalliberaler Anhänger des Freihandels derart mit den Vertretern der Schwerindustrie und des Großagrariertums überwarf, daß sie sich 1880 als „Liberale Vereinigung“ abspaltete. Der Familienkrach innerhalb der Nationalliberalen endete vorläufig damit, daß sich die Sezessionisten 1884 mit der Fortschrittspartei zur Deutschen Freisinnigen Partei vereinigten.

Mangels Masse gründeten die Sezessionisten bzw. Freisinnigen in Mannheim keine eigene Partei, sondern traten den Demokraten bei, die über diesen Zugang höchst geteilter Meinung waren. Die Mehrheit atmete jedenfalls erleichtert auf, als die freisinnigen Mitglieder im Oktober 1890 wieder austraten, um ihre eigene Marschrichtung zu verfolgen.

Aus dem Blatt der Demokraten wird des Organ der Freisinnigen

Mit den Freisinnigen scherte freilich auch die „Neue Badische Landes-Zeitung“ aus den Reihen der Demokraten aus. Der Demokrat Becker mußte die Leitung der Politik abgeben und die Ressorts Handel und Lokales übernehmen. Den Sessel des Chefredakteurs besetzte der Freisinnige Dr. Gerard.

Die Kursänderung der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zeigte, daß der alte Linksliberalismus inzwischen sogar in Mannheim unfähig geworden, sich Gewicht und Stimme durch eine eigene Zeitung zu verschaffen.

Als sich die Deutsche Freisinnige Partei 1893 in die großkapitalistische „Freisinnige Vereinigung“ und in Eugen Richters „Freisinnige Volkspartei“ spaltete, schloß sich die „Neue Badische Landes-Zeitung“ der letzteren Richtung an. Mit Eugen Richter zog sie gegen den „alldeutschen Kanonenpatriotismus“ zu Felde und verspürte gar keine Bange vor dem „roten Gespenst“. Zu solcher Furcht bestand in der Tat kein Anlaß, wenn man die Mannheimer Verhältnisse in Betracht zieht: 1896 löste hier eine Koalition von Linksliberalen und SPD die bisherige nationalliberale Mehrheit auf dem Rathaus ab. Als bei den Reichstagswahlen 1898 der nationalliberale Kandidat Bassermann die Mehrheit im ersten Anlauf nicht schaffte, rief die „Neue Badische Landes-Zeitung“ in der Stichwahl zur Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten Dreesbach auf und verhalf ihm zum Sieg.

Noch waren die Demokraten und der Freisinn Richterscher Prägung - die in Baden sehr enge Beziehungen und bis 1897 sogar eine gemeinsame Landesorganisation unterhielten - nicht völlig domestiziert. Das zeigte sich unter anderem in den Beziehungen zur Polizei: Im Sommer 1892 wurde der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ der Polizeibericht entzogen, weil sie die Schutzmaßnahmen des Bezirksamtes gegen eine Choleraepidemie als ungenügend kritisiert hatte. Noch 1900 unterschied ein Bericht des Mannheimer Bezirksamtes säuberlich zwischen den loyalen Blättern und den unsicheren Kantonisten freisinniger, sozialdemokratischer und ultramontanerTendenz, zu denen auf der einen Seite der „General-Anzeiger“ und das „Mannheimer Tageblatt“, auf der anderen die „Neue Badische Landes-Zeitung“, die „Volksstimme“ und das „Neue Mannheimer Volksblatt“ gerechnet

wurden. Wörtlich hieß es: „Gegen die Überlassung der schriftlichen Berichte an die freisinnige, sozialdemokratische und ultramontane Presse beständen diesseits keine Bedenken, da die Haltung dieser Blätter in letzter Zeit zu besonderen Beanstandungen keinen Anlaß gegeben hat und auf die etwaige Mitwirkung ihres großen Leserkreises bei Untersuchungen doch nicht verzichtet werden sollte."

Der unterschiedlich enge Kontakt zur Staatsgewalt kam auch darin zum Ausdruck, daß sowohl der „General-Anzeiger" wie das „Mannheimer Tageblatt", nicht aber die anderen Blätter, einzelnen Polizeibeamten ein Fixum von 150 bzw. 50 Mark als Mitarbeiterentgelt zahlten. Der Ausdruck Schmiergeld drängt sich auf, trifft aber insoweit nicht den Sachverhalt, als die Annahme dieser Gelder von seiten der loyalen Presse mit behördlicher Genehmigung erfolgte.

1910 vereinigte sich die Freisinnige Vereinigung mit der Freisinnigen Volkspartei Eugen Richters und der süddeutschen demokratischen Volkspartei zur „Fortschrittlichen Volkspartei". Schon vor dem Zusammenschluß verwendete die „Neue Badische Landes-Zeitung" die Bezeichnung „Fortschrittliche Volkspartei", um die bevorstehende Sammlungsbewegung zu propagieren. Seit 1907 fungierte Alfred Scheel als Chefredakteur der „Neuen Badischen Landes-Zeitung". Scheel kam von Friedrich Naumanns „Nationalsozialen", die sich 1903 der Freisinnigen Vereinigung angeschlossen hatten, aber intern noch über eigene Organe wie die von Theodor Heuss redigierte „Hilfe" oder die 1909 in Mannheim erscheinende „Südwestdeutsche Volkszeitung" verfügten.

Unter der Redaktion Scheels unterstützte die „Neue Badische Landes-Zeitung" die sogenannte Großblockpolitik: Während früher im badischen Landtag Demokraten, Zentrum und SPD gemeinsam Front gegen die Nationalliberalen gemacht hatten, verbündeten sich jetzt Demokraten und SPD mit den Nationalliberalen gegen das Zentrum. - Ein Vorgriff auf jene „Front von Bassermann bis Bebel", die Naumann für den Reichstag propagierte.

Während des ersten Weltkriegs vertrat die „Neue Badische Landes-Zeitung" die „Mitteleuropa"-Konzeption, in der vor allem die Großbanken und Großkonzerne der Elektro- und Chemieindustrie ihre Kriegsziele formuliert hatten. Wie Naumann, Rathenau oder der spätere Reichskanzler Prinz Max von Baden glaubte sie noch an einen Sieg, als die Niederlage schon feststand. Die Streiks des Jahres 1918 verdammte sie als „Siegessabotage". Als im Februar 1919 Spartakisten den Betrieb besetzten und den Abdruck eines Aufrufs verlangten wurde dies verweigert. Um so bereitwilliger stellte sie sich in den Dienst der neugegründeten „Deutschen Demokratischen Partei", in der sich die ehemalige Fortschrittliche Volkspartei unter Naumanns Führung mit einem kleineren Teil der ehemaligen Nationalliberalen zusammenfand.

Die alten Räume in O 3, 6 waren bald wieder zu klein geworden. 1884 wurde die erste Rotationsmaschine aufgestellt, die den Zeitungsdruck in einem Bruchteil der Zeit erledigte, welche die Schnellpressen dazu benötigten. 1899 hielten die ersten Setzmaschinen ihren Einzug. Ab 1. Oktober dieses Jahres erschien die NBLZ sogar dreimal täglich: Um neun Uhr ein Morgenblatt, um elf ein Mittagsblatt und abends

um sieben noch ein Abendblatt. Schon nach einem Jahr kehrte man jedoch wieder zu zwei Ausgaben täglich zurück. Außerdem erschien als 13. Wochenausgabe ein Sonntagsblatt. (Die meisten dieser Angaben basieren auf der Jubiläumsschrift von 1930; da die Zeitung selbst nur bis ins Jahr 1871 komplett erhalten ist, lassen sich über die genaue Dauer des Erscheinens einer 13. Ausgabe wie auch über die Zusammenfassung der beiden täglichen Ausgaben für Mannheim in einer dritten Landesausgabe keine genauere Angaben treffen.)

Der Umfang der Zeitung - 1866 sechs Seiten - betrug zu Anfang des Jahrhunderts täglich 14 Seiten, wovon sechs auf das Morgenblatt und acht auf das Mittagsblatt entfielen. An die typographische Aufmachung wurde über fünfzig Jahre lang keine sonderliche Mühe verschwendet; die Artikel bekamen eine schmucklose Überschrift und wurden, nur nach Ressorts und Rubriken unterschieden, fortlaufend untereinander in das Blatt gestellt. Größere Überschriften blieben besonderen Anlässen vorbehalten. Die erste ganzseitige Überschrift erschien im März 1871 und verkündete die Kandidatur Heinrich von Feders. Erst ab 1909 erhielt die Schlagzeile ihren regelmäßigen Platz auf der Titelseite.

1913 bezog die „Neue Badische Landes-Zeitung“ ein neues Verlagsgebäude am Kaiserring 4-6. Die Nähe zum Bahnhof konnte als symbolisch gelten, denn etwa die Hälfte der Auflage ging nach auswärts. Sie war damit die einzige große Tageszeitung, die ihren Sitz außerhalb jenes Zeitungsviertels hatte, das in der Innenstadt in den Quadraten R 1, R 3, S 2,und H 2 die übrigen Tageszeitungen vereinte.

Wie schon erwähnt, war die „Neue Badische Landes-Zeitung“ 1870 aus den Händen ihres Gründers Johann Schneider in den Besitz der Mannheimer Vereinsdruckerei AG übergegangen, hinter der eine Gruppe von Aktionären aus der demokratischen Partei stand. „Der Rückschlag der Gründerzeit und interne Vorkommnisse“ - so heißt es in einer firmenoffiziellen Selbstdarstellung aus dem Jahre 1907 - veranlaßten die Aktionäre, die Aktiengesellschaft der Firma Jakob Bensheimer zu übertragen. Nach einiger Zeit der Verwaltung ging sie Anfang der achtziger Jahre in deren alleinigen Besitz über. Inhaber der 1839 gegründeten Firma Jakob Bensheimer (die 1840 für kurze Zeit den Deutschen Postillon“ verlegte) waren die Gebrüder Sigmund, Albert und Julius Bensheimer. Das Unternehmen besaß einen beachtlichen Buchverlag, besonders auf juristischem Gebiet, der nach der nationalsozialistischen Machtergreifung zur willkommenen Beute etlicher Konkurrenzverlage wurde. Als der letzte der Brüder 1917 starb, erbte ein Neffe Albert Bensheimers, Heinrich Gütermann, den gesamten Betrieb.

Kooperation mit Ullstein

Heinrich Gütermann war freilich nicht unumschränkter Gebieter im eigenen Haus. Es galt als offenes Geheimnis, daß die Zeitung finanziell vom Besitzer der Walzmühle und Eichbaum-Brauerei, Jakob Feitel, abhängig war, dem Schwiegervater Gütermanns. Als sich Mitte der zwanziger Jahre die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für Zeitungsbetriebe häuften, kam es zu einer engen Kooperation mit dem Zeitungskonzern Ullstein, die wahrscheinlich auf kapitalmäßigen Verflechtungen beruhte.

Den politischen Teil übernahm die „Neue Badische Landes-Zeitung“ fortan fast völlig von der „Vossischen Zeitung“. Allein für die telefonische Übermittlung der Texte aus Berlin waren vier Stenotypistinnen tätig. Der eigene politische Beitrag der Zeitung beschränkte sich auf das Land Baden.

Wie die jüdischen Ullstein-Besitzer schien auch Gütermann zu glauben, sich mit etwas Anpassungsvermögen über die braune Zeit retten zu können, die Anfang der dreißiger Jahre schon deutlich ihre Schatten vorauswarf. Die schillernde Rolle eines Georg Bernhard und Hans Zehrer bei der „Vossischen“ spielten Alfred Rapp und Paul Riedel bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ im kleinen. Als das linksliberale Redaktionsmitglied Franz Gustav Richter 1929 als Herausgeber eines von der kommunistischen Peuvag gedruckten Blattes, des „Zeitspiegel“ auftrat, warf ihm Gütermann vor, ihm ein „Kuckucksei“ ins Nest gelegt zu haben. Richter wurde vor die Wahl gestellt, entweder seine Redakteursstelle zu verlieren oder vom „Zeitspiegel“ zurückzutreten.

Paul Riedel, der verantwortliche Redakteur für den Handelsteil, trat später in die Redaktion des nationalsozialistischen Gauorgans „Hakenkreuzbanner“ ein. Alfred Rapp, der für Landespolitik zuständig war, machte sich den Nationalsozialisten als Redakteur des Besatzungsblattes „Pariser Zeitung“ nützlich, bevor er nach dem Krieg bei der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ eine angemessene Weiterbeschäftigung fand. Rapp leitete zuletzt das Bonner Büro der FAZ und seine braune Vergangenheit war auch kein Hindernis, ihm das Große Bundesverdienstkreuz zu verleihen.

Für das „Handbuch der deutschen Presse 1932“ stellte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ folgende Angaben zur Verfügung:

Druckauflage	30 000
Erscheinungsweise	13mal wöchentlich
Umfang pro Nummer	10 Seiten (davon 5 1/2 Seiten redaktionell)
Parteipolitische Richtung	demokratisch
Verbreitungsgebiet	Mannheim, Ludwigshafen, Heidelberg, Baden, Pfalz und Teile Württembergs
Leserschaft	64% Angestellte, Arbeiter, Landwirte, 22% Gewerbe, Kaufleute, Handwerker, 6% Gastwirte, 8% sonstige
Hauptschriftleiter	Dr. Karl Eugen Müller
Chef vom Dienst	Dr. Egon Kohn
Politik	Dr. Heinrich Rumpf, Carl Ems
Handel	Paul Riedel, Dr. Alfred Einstein
Feuilleton	Emil Belzner
Lokales	Hermann Wasna, Adolf Himmele
Sport	Heinrich Tillenburg

Von den übrigen Redakteuren der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“, die bisher nicht erwähnt wurden, wären noch die Gebrüder Schnack und Alfred Kantorowicz zu nennen. Anton und Friedrich Schnack leiteten nacheinander die Feuilleton-Re-

daktion, ehe sie diese 1926 an Alfred Kantorowicz abgaben, auf den ein Jahr später Emil Belzner folgte. Alfred Kantorowicz kam aus Berlin nach Mannheim und galt als „Ullstein-Mann“. Er schloß sich 1931 der KPD an, kämpfte in Spanien in der Internationalen Brigade und lehrte nach dem Krieg als Literaturwissenschaftler in der DDR, bevor er durch den offenen Bruch mit dem SED-Regime und seinen Übertritt in den Westen von sich reden machte.



Alfred Kantorowicz wurde 1926 Feuilletonredakteur der NBLZ. Das Bild zeigt ihn als Kämpfer der Internationalen Brigaden in Spanien (1936 - 1938).

Im Oktober 1930 feierte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ ihr 75jähriges Bestehen (genauer gesagt ihres Erscheinens im 75. Jahrgang). Die Jubiläumsausgabe, in der die „Verwandten“ von der Vossischen Zeitung, dem Berliner Tageblatt und der Frankfurter Zeitung ihre Glückwünsche entboten, umfaßte genau hundert Seiten. Auf den gleichen Seiten stand die Behauptung: „Der Geist der Neuen Badischen Landes-Zeitung ist 1930 nicht anders als er 1860 gewesen ist.“

Immerhin brachte die „Neue Badische Landes-Zeitung“ noch im September 1931 das Kunststück fertig, auf einige Tage verboten zu werden. Kunststück deshalb, weil sie ein im Grunde loyales Blatt und der Anlaß geradezu lächerlich war: Sie hatte in einem Bericht über eine Rede des badischen Finanzministers, der neue Gehaltskürzungen ankündigte, eine im Manuskript gestrichene Stelle dennoch dem Publikum zur Kenntnis gegeben. Darauf verbot die Landesregierung die Zeitung auf drei Tage. Noch am selben Tag protestierte die demokratische Landtagsfraktion gegen diese „unerhörte Knebelung der Pressefreiheit“. Aus Berlin telegraphierte Reichsminister Wirth an den badischen Staatsspräsidenten: „Empfehle dringend Aufhebung des Zeitungsverbots.“ Das Verbot wurde dann auch wieder aufgehoben und der Friede wieder hergestellt, indem Verleger Gütermann und Chefredakteur Rumpf in einem Brief an die Landesregierung um Entschuldigung für den Fauxpas baten.

Die Einstellung der Zeitung am 28. Februar 1934 hing offensichtlich mit der gleichzeitigen Einstellung der „Vossischen Zeitung“ zusammen: Beide Blätter waren inzwischen von den Nationalsozialisten „gleichgeschaltet worden. Insofern ist das endgültige Ende der Zeitung nicht mit den Zeitungsverboten zu vergleichen, welche die Nationalsozialisten unmittelbar nach der Machtergreifung verhängten. Vielmehr gaben wirtschaftliche Überlegungen den Ausschlag: „Ihre Resonanz in den intellektuellen 5chichten, die sie zuletzt allein noch trugen, reichte nicht aus, das immer gewaltiger anschwellende wirtschaftliche Risiko des Unternehmens zu vermindern“, schrieb etwa die NS-Zeitschrift „Deutsche Presse“ zum Ende der „Tante

Voß" - Worte, die sich genauso auf die Nichte der Tante Voß in Mannheim übertragen lassen. Die „Frankfurter Zeitung" konnte dagegen mit dem Segen von Goebbels Propagandaministerium bis zum August 1943 erscheinen.

Eine Rolle bei der Einstellung spielte wohl auch, daß der braune Mob Köpfe rollen sehen wollte: Die „Neue Badische Landes-Zeitung" konnte wie die „Vossische" als Muster eines „verjudeten" liberalen Blatts herhalten. „Jud bleibt Jud" pflegte der neue Nazi-Oberbürgermeister Mannheims, der Fabrikant Renninger, mit Blick auf Heinrich Gütermann zu sagen. Nach Erlaß der ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1. November 1933 konnte sich Gütermann an fünf Fingern abzählen, wie lange er noch Verleger sein würde. Geschäftliche Pressionen kamen hinzu. Gütermann emigrierte nach der Einstellung der Zeitung nach Südamerika, wo er 1962 im Alter von über achtzig Jahren als Buchhändler in Montevideo starb.

Dem ehemaligen Blatt der Demokratie, das in den 78 Jahren seines Bestehens so manche Metamorphose des Liberalismus mitgemacht hatte, blieb dadurch immerhin das letzte traurige Los erspart, das die gleichaltrige „Frankfurter Zeitung" erwartete: Den braunen Machthabern als intellektuelles Aushängeschild und Feigenblatt zu dienen

2. Jahrgang. **Mannheim, den 8. Juli 1866.** **No. 28.**

Deutsches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

Erscheint jeden Sonntag.

Preis vierteljährlich 1 fl. = 18 Sgr. Herausgegeben von Dr. Ludwig Eckardt. Inserate pr. Petitzeile 3 kr.

Inhalt:

* Schmach den Feigen!

Sind wir Männer? Weil das Kriegsglück in Böhmen mit der Uebermacht war, darum plötzlich dieser Umschlag? Hat Preußen deshalb mehr Recht, weil das Zündnadelgewehr weiter trägt? Wird die uns drohende Despotie dadurch annehmbarer, weil sie noch gefährlicher und blutiger ist, als wir dachten?

Was müssen wir hören? Hier kommt ein Aengstlicher: „Wissen Sie, die Preußen stehen schon in Worms?" Wissen Sie das bestimmt? „Das nicht … man sagt so …" Dann hüten Sie sich, lieber Freund, leeres Gerede zu wiederholen.

Dort kommt ein Zweiter und will von dem Rückgange des ganzen achten Armeekorps, von der Heimkehr der Badenser wissen; er kennt bereits die Zahl der leeren Eisenbahnwagen, die nach Frankfurt zu bestellt sind. Er fügt resignirt hinzu: „Nun, wir werden also preußisch!"

Ein Dritter hört, daß heute die Schützen ihre Führer wählen. „Das ist auch verlorne Mühe; wir werden wol nächstens einen preußischen Kommandanten haben!"

Ist es nicht eine Schmach, so zu sprechen? Sind wir nicht eine Nation von dreißig Millionen, und wir möchten wirklich einen Bismarck und seine Söldlinge so ungestraft und widerstandslos im deutschen Reiche hausen lassen?

Sind wir denn zu Knechten geboren, zu Leibeigenen der Fürstenpolitik? Rollt kein freier Tropfen mehr im deutschen Blute?

Doch lassen wir uns nicht von einem gerechten Unwillen zu weit hinreißen, blicken wir lieber auf jene Truppen, die sich schon tapfer geschlagen haben, auf unsere eigenen Krieger, die gewiß heute so kampfbereit dastehen wie früher und nach Rache für die gefallenen Brüder verlangen, blicken wir lieber auf die aus Kurhessen zu Tausenden, aus Hannover herbeieilenden Freiwilligen, auf das bereits da und dort aufstehende, für seinen Herd zu Sichel und Dreschflegel greifende Volk und lassen wir die Feiglinge hinter der Front verächtlich bei Seite, obwol ein Feigling nur einen Schritt zum Verräther hat.

Behaltet aber Alle im Gedächtnisse, die jetzt blaß wurden oder hohnblickten.

Beide passen zu jenen Hurrahschreiern vor dem Königsschlosse in Berlin, passen zu den Memmen, welche einem Bismarck die Pferde von dem Wagen spannen wollten.

Sklaven sind sie und bei Gott nicht berufen, das Führervolk Deutschlands zu sein. Wollen diese uns befreien, oder kommen nicht eher wir als Befreier?

Wo sind die Preußen heute, die vor Allem deutsch sein wollten? Wir hören ihre Stimmen in dem wilden Triumphgeschrei des Augenblickes nicht mehr. Auch die Besten scheinen die Besinnung zu verlieren, den mit uns getauschten Händedruck zu vergessen. Wir sehen nichts als frevelnden Uebermuth, der in jeder neubetretenen Stadt — nicht Deutschland, nein — „Neupreußen" an die Ecken schlägt und zu Reichenberg den Böhmen befehlen ließ, sie sollen für Preußens König und Preußens Waffen beten!

Das ist das evangelische Preußen!

Entweder glauben diese Junker an das Gebet nicht, und dann ist es ein bitterer Spott auf alle Religion, oder sie glauben an es, und dann ist es ein empörender Zwang, Jemanden ein Gebet gegen sein Vaterland aufzudrängen, in Kirchen und Synagogen einen Gottesdienst zu erzwingen, der eine Heuchelei sein muß. Rächt sich ein solcher Frevel an der Gottheit nicht?

Rüttle Dich auf, deutsches Volk, und zeige endlich, daß man Dich nicht so tief verachten, nicht ungestraft so treten darf! Sie werden Dich erst achten, wenn Du Dich wehrst. Du hast die Wahl, die Schmach der Knechtschaft oder die Freiheit? Der Tod für sie ist noch süßer als die Sklaverei.

Auf, auf und nimm Dein Geschick selbst in die Hand!

* Noch ist Deutschland nicht verloren!*)

Trübes ist über uns ergangen; das Trübste war der Fall der tapferen und treuen Hannoveraner, die aus dem Norden herabgekommen waren, um an unserer Seite zu fechten. Man hat sie nicht gerettet. Wem bei dieser Nachricht keine Zornesthräne in das Auge trat, den beneiden wir um seine Mannheit nicht.

Doch jetzt, das Auge auf und klar!

Noch ist unsere Sache nicht verloren. Oesterreich hat Venedig freigegeben. Dieser Sieg des freien Prinzips muß auch uns zu Gute kommen, und reiner als vor wenigen Tagen entfaltet sich heute Oesterreichs Banner. Es ist heute erst wahrhaft berufen, für die Selbstständigkeit der Schleswig-Holsteiner, für die Freiheit Deutschlands mitfechten zu dürfen.

Tieferschüttert muß dieses Oesterreich heute, wenn es nicht in eine schmachvolle Abhängigkeit von Frankreich kommen will, seine Völker aufrufen, ihnen die Freiheit geben, um von ihnen Krieger der Rache zu empfangen.

Und diese birgt Oesterreich in unerschöpfter Weise und muß sie in Bewegung setzen, weil es — ohne allen ferneren Einfluß in Italien und von Preußen in Deutschland besiegt — aufhören würde, eine Großmacht zu sein.

Es kann heute nichts als kämpfen; ein Waffenstillstand ist möglich, aber kein Friede. Die Aufgebung Venedigs bedeutet Krieg im Norden.

Oesterreich ist nach der Aufgabe Venedigs stärker als früher; es besitzt von diesem Augenblicke kein Volk mehr, welches den Donaustaat um jeden Preis und sofort zu zerreißen begehrt. Die Bewohner Galiziens können nicht für sich ein Polen herstellen, und die Magyaren wollen nur ihre selbstständige Gesetzgebung und Verwaltung, wünschen aber dabei doch eine Anlehnung an einen deutschen Staat, um nicht von den Slaven erdrückt zu werden.

Das Mißtrauen gegen Oesterreich ist tief berechtigt, auch heute noch, obwol man sonst dem Unglücklichen eher vertrauen möchte. Wir erwarten den Krieg und die Fortsetzung desselben im größten Maßstabe, nicht um Deutschlands und der Freiheit willen, sondern nur darum von Oesterreich, weil es muß.

Und uns kann dieser Umstand nur willkommen sein, weil wir keinen Weg der Rettung sehen, als fortgesetzten Krieg. Ein Friede mit französischer Vermittelung? Hinweg mit ihm! Ein Friede auf Kosten der Freiheit? Wer ist ein so schlechter Deutscher, daß er das wünschte?

*) Vgl. das soeben ausgegebene Flugblatt: „Nur kein fauler Friede etc.", auf das wir alle hier verweisen.

Ausgabe des „Deutschen Wochenblatts" vom 8. Juli 1866

Deutsches Wochenblatt

(1.1. 1865 - 22.9.1867)

Gründer des „Deutschen Wochenblatts" war Ludwig Eckardt, der nach einer bewegten Vergangenheit 1862 in Baden Fuß gefaßt hatte. Eckardt geriet schon als 19jähriger in Wien mit der Polizei in Konflikt, weil er Lieder auf den polnischen Freiheitskampf gedichtet hatte. In seiner Heimatstadt redigierte er die revolutionären Blätter „Das junge Österreich" und „Die rothe Mütze". 1848 mußte er aus Wien fliehen, ein Jahr später aus Dresden. Eckardt emigrierte schließlich in die Schweiz, habilitierte sich 1853 in Bern und wurde 1860 Lehrer an der Kantonsschule in Luzern. Sein unbeugsamer Kampf gegen „Pfaffen" und andere Volksverdummer machte ihm in der Schweiz jedoch soviele Feinde, daß er 1862 eine Stelle als Hofbibliothekar in Karlsruhe annahm. Hier in Baden fand er auch wieder Anschluß an alte Gesinnungsgenossen. Zu diesen gehörte Johann Schneider, der Gründer und Verleger des „Mannheimer Anzeiger", der späteren „Neuen Badischen Landes-Zeitung".

Mit Schneiders Hilfe, der das Blatt druckte, verlegte und wahrscheinlich auch finanzieren half, brachte Eckardt am 22. Dezember 1864 eine Probenummer des „Deutschen Wochenblatts" heraus, das dann ab Neujahr 1865 regelmäßig sonntags erschien.

„In Deutschland erscheinen jetzt in Summa 2370 Zeitungen und Zeitschriften, und allein von den etwa 1100 politischen werden jährlich wohl 302 1/4 Millionen Exemplare verbreitet." - So konstatierte der einleitende Artikel des Probeblatts, den Friedrich Giebe verfaßt hatte, der damalige Redakteur des „Mannheimer Anzeiger". Nachdem Giebe auch angesichts dieser Fülle von politischen Blättern die Notwendigkeit einer Publikation wie des „Deutschen Wochenblatts" unterstrichen hatte, kam er auf die künftige politische Linie zu sprechen: Das „Deutsche Wochenblatt" werde die Forderungen der Fortschrittspartei unterstützen, für die der Ausdruck „deutsche Volkspartei" als Synonym zu verstehen sei:

> *„Weiter aber geht unser Ehrgeiz nicht, und wenn wir in der Folge in diesem Blatte vielleicht von einer ‚Volkspartei' oder von ‚unserer Partei' sprechen sollten, so protestieren wir schon jetzt gegen das Mißverständnis, als könne damit etwas anderes gemeint sein, als die Summe derjenigen Männer, von denen wir annehmen, daß sie mit uns ausschließlich die Sache des Volkes und die Befestigung der heiligen Grundsätze der Freiheit im Staat und in der Gesellschaft im Auge haben. Irgend eine andere Verbindung, als die durch das offene Wort und die offene Schrift wird unter solchen Männern nie bestehen."*

Der Herausgeber Eckardt wohnte zu dieser Zeit noch in Karlsruhe und bat darum, Briefe und Correspondenzen an seine dortige Adresse zu richten. Für die Redaktion zeichnete Ferdinand Ahles in Mannheim verantwortlich. Im April 1865 zog Eckardt

dann, nachdem er 1864 durch das Intrigieren kirchlicher Kreise seine Stellung als Hofbibliothekar verloren hatte, nach Mannheim und nahm seinen Wohnsitz in U 3, 7.

Die demokratischen Gesinnungsfreunde konnten in Schneiders Haus Aktien zur Unterstützung des Wochenblatts zeichnen. Dort befand sich auch das Redaktionslokal, das praktisch mit der Redaktion des „Mannheimer Anzeiger“ identisch war. Schneiders Haus in O 3, 6 war ein Treffpunkt aller alten Achtundvierziger und stand für die Konservativen im Ruch der Konspiration. Besonders von Eckardt ging die Rede, er sei Vorsitzender eines geheimen Klubs, der sich revolutionären Zielen verschworen habe.

In Wirklichkeit war die „deutsche Volkspartei“, die sich erst 1868 aus dem Schoß der Fortschrittspartei löste und zur demokratischen Partei verselbständigte, zunächst eher eine lockere Gemeinschaft von Märzgetreuen und Intellektuellen, die zum Teil auch Verständnis für die Nöte des „vierten Standes“ hatten. Ihre scharfe Ablehnung der Agitation Lassalles richtete sich weniger gegen eine organisatorische Verselbständigung der Arbeiterschaft als gegen Lassalles Paktieren mit Bismarck und den von ihm erstrebten obrigkeitlichen „Staatssozialismus“. Wer Bismarck die Hand reichte, war bei den süddeutschen Demokraten von vornherein schlecht angeschrieben.

Enge Verbindungen bestanden dagegen zur Sozialdemokratie Bebel und Liebknechts. Zunächst scheint die deutsche Volkspartei die Sozialdemokratie sogar als ihr eigen Fleisch und Blut betrachtet zu haben: „Auf der ganzen Linie des Lassalleschen Arbeitervereins hat eine größere Anzahl bisheriger Führer von der junkerlichen Diktatur des Herrn Schweitzer sich losgesagt, und sind dieselben zur Volkspartei übergegangen“, jubelte die „Mannheimer Abendzeitung“, das damalige Organ der Volkspartei, nach dem historischen Kongreß von Eisenach 1869.

Festere Form nahm die „deutsche Volkspartei“ auf einer Versammlung in Darmstadt am 18. September 1865 an, bei der vierzig Teilnehmer aus Bayern, Württemberg, Baden, Frankfurt, Nassau, Darmstadt, Kurhessen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Deutsch-Österreich ein provisorisches Programm entwarfen: Demokratische Grundlage der Verfassung, Selbstverwaltung auf Gemeinde- und Bezirksebene, Ersetzung des stehenden Heeres durch eine Volksarmee, föderative Verbindung der deutschen Staaten unter einer Bundesgewalt, die weder preußisch noch österreichisch beherrscht sein durfte.

Ludwig Eckardt und Ludwig Büchner hatten außerdem die „Verbesserung der Lage der arbeitenden und armen Klasse durch soziale Reformen“ ins Programm aufnehmen wollen, waren aber am Widerstand der Mehrheit gescheitert. Stattdessen einigte man sich auf die „Erziehung des Volkes zu politischer Selbständigkeit und geistiger Freiheit“.

Auf dem Darmstädter Kongreß wurde ferner beschlossen, das in Mannheim erscheinende „Deutsche Wochenblatt“ fortan als „Organ der deutschen Volkspartei“ zu bezeichnen. Eckardt verlieh seinem Blatt darauf den entsprechenden Untertitel, den später Bebel und Liebknecht für ihr „Demokratisches Wochenblatt“ in Leipzig übernahmen und fortführten.

Im April 1865 war Eckardt aus dem Deutschen Nationalverein ausgetreten, um gegen die „Gothaer“ - die Anhänger des preußisch-deutschen Einheitsstaates - die selbständige Sammlung der Demokratie zu betreiben. Mehrere Freunde, die ebenfalls der Abscheu vor dem „servilen Liberalismus bzw. liberalen Servilismus“ packte, folgten seinem Beispiel. Im Juni sprach Eckardt auf dem Stiftungsfest des Mannheimer Arbeitervereins. Die „Augsburger Allgemeine“ nannte ihn kurz darauf einen „Social-Demokraten“. Seinem Wochenblatt bescheinigte sie, es werde „nicht ohne Talent redigiert“, habe aber seinen Hauptabsatz im „Ausland“, also außerhalb des Großherzogtums Baden.

Auf dem Arbeitertag des Maingaues zu Darmstadt am 16. Juli 1865 hielt Eckardt eine programmatische Rede, die im Wochenblatt abgedruckt wurde. Er tadelte zunächst den „engen, oft philiströs beschränkten Standpunkt“ von Schulze-Delitzsch, der den Arbeitern politische Abstinenz auferlegen wollte. Zu Recht habe Lassalle, der Schulze in wissenschaftlicher Hinsicht hoch überlegen sei, dessen „wirklich inhaltsarmen, phrasenhaften Arbeiterkatechismus“ in der Luft zerfetzt:

> *„Schulze geht überall von der Ansicht aus oder sucht sie zu verbreiten, daß eigentlich jeder Mensch ein werdender Kapitalist ist, und daß nur Fleiß und Sparsamkeit nötig seien, um reich oder doch hablich zu werden. Wir ehren diese Tugenden hoch, müssen aber doch gestehen, daß es ganze Schichten der Gesellschaft gibt, die - unter der gegenwärtigen Gliederung derselben - bei allen Fleiß nun und nimmer aus dem Elende emporkommen. Diese Wahrheit, diese erschreckende Wahrheit sprach Lassalle zuerst wieder aus, nachdem wir uns einige Zeit in den sanften Glauben eingelullt hatten, daß die kleinen Schulze'schen Hausmittelchen alle Krankheiten der Gesellschaft geheilt hätten.“*

An Lassalle rühmte Eckardt ferner den hohen Wert seiner politischen Agitation, mit der er die Arbeiter den „Gothaern“ - d.h. der liberalen Bourgeoisie - entrissen habe. Sein Konzept einer „Staatshilfe“, das er der Schulzeschen „Selbsthilfe“ entgegengesetzt habe, berge freilich die Gefahr, „daß die Arbeiter zu Sklaven des Staates oder einer augenblicklich den Staat beherrschenden Partei würden oder werden könnten, wenn ihnen napoleonische Diktatoren mit öffentlichen Arbeiten schmeicheln, um, von ihren Fäusten unterstützt, die Freiheitswünsche des Bürgerstandes zu unterdrücken“. Eckardt betonte, daß es nicht allein um soziale, sondern auch um politische Reformen gehe, wobei beide sich gegenseitig bedingten und zur Erreichung dieser Ziele bürgerliche Demokraten und Arbeiter einander die Hand reichen müßten. „Verstärkt unsere Selbsthilfe, und wir bringen Euch mit einem freien Staate eine gesunde Staatshilfe“. Nochmals appellierte er an die Arbeiter, nicht bonapartistischen und liberalen Demagogen auf den Leim zu gehen: „Entfernt alle, welche Euch Arbeiter spalten wollen, sowohl die, welche auch altbürgerlich von aller Politik ferne halten, wie jene, welche Euch in abenteuerliche und unnatürliche Verbindungen stürzen, vielleicht zu feudalen und reaktionären Zwecken ausbeuten möchten.“

Die „Frankfurter Zeitung“ schrieb, Eckardts Rede habe so versöhnend auf die anwesenden Arbeiter Schulzescher und Lassallescher Richtung gewirkt, „daß sie ein-

stimmig erklärten, bereitwillig die Hände zur Wiedervereinigung zu bieten". Das Wochenblatt bekräftigte: „Unter dem Banner der Demokratie ist Raum für Euch alle!"

Für den linken Flügel der deutschen Volkspartei gehörten politische Freiheiten und soziale Reformen zusammen. Eckardt prophezeite deshalb: „Je mehr sich auch diese (die Volkspartei) der Erkenntnis erschließen wird, daß eine ausschließlich politische Reform nicht genüge, wird sie mit der ihr verwandten Arbeiterbewegung in Eine große sozial-demokratische Partei aufgehen". Es geht nicht darum, die Arbeiter ins bürgerliche Lager zu ziehen : „Wir sind für das allgemeine Wahlrecht, nicht um den vierten Stand in dem dritten verschwinden zu lassen, sondern damit alles im Arbeiterstand aufgehe. Der neue Staat und die neue Gesellschaft wird keine Drohnen dulden können."

Federführend für die Behandlung der „sozialen Frage" im Wochenblatt war neben Eckardt der Darmstädter Arzt Ludwig Büchner. Es handelte sich um einen Bruder des früh verstorbenen Dichters Georg Büchner, der in den dreißiger Jahren den „Hessischen Landboten" herausgegeben hatte. Ludwig Büchner hatte sich vor allem mit seiner 1855 erschienenen Schrift „Kraft und Stoff" einen Namen gemacht, die nicht nur in klerikal-konservativen Kreisen gereizte Reaktionen hervorrief, sondern auch von Marx und Engels als „Aufkläricht" kritisiert wurde (der erste Teil von Friedrich Engels „Dialektik der Natur" ist als Auseinandersetzung mit dem seichten Materialismus Büchners konzipiert).

Um der „allzu großen Anhäufung des Reichtums in einzelnen Händen einen gewissen Damm entgegenzusetzen", empfahl Büchner im Wochenblatt eine drastische Beschränkung des Erbrechts. Er betonte, er wolle damit „das Eigentumsrecht nicht angreifen, sondern vielmehr seinen Wert dadurch erhöhen, daß wir Erwerbung wie Eigentum und Stellung den Einzelnen zugänglicher als bisher machen". Er wollte nicht „ruhig zusehen, wie der ungeheure Spalt zwischen Reichtum und Armut, zwischen Besitz und Nichtbesitz, zwischen Oben und Unten, zwischen Wohlsein und ewiger Entbehrung immer tiefer reißt, bis er zuletzt unheilbar geworden und seine Ausgleichung nur noch in einem furchtbaren Klassen- und Gesellschaftskampfe, in einer blutigen Zerreißung aller Bande der gesellschaftlichen Ordnung, in einer tobsüchtigen Entfesselung roher Volkskräfte und ungezügelter Leidenschaften finden kann".

Ziemlich einfach machte es sich dagegen ein anderer Autor im Wochenblatt, der den Arbeitern nach Schulzescher Art Enthaltsamkeit und eiserne Sparsamkeit empfahl: „Ist's doch in vielen anderen Ständen auch so, daß die ganze Jugendzeit bis zum 30. Lebensjahr eine harte Lehr- und Vorbereitungszeit ist, in welcher man an Gründung einer Familie nicht denken kann: will der Arbeiter das Privilegium des ‚Leichtsinns' vor den anderen Ständen ewig voraus haben?"

Da sich das Wochenblatt als „Sprechhalle" der Volkspartei verstand, fanden in seinen Spalten unterschiedliche Auffassungen zur sozialen Frage Platz, die von der Verurteilung des Kommunismus als Unding und Despotie bis zu marxistischen Zungenschlägen reichten. So findet sich in einer Nummer des Jahres 1867 die

Bemerkung, das Volk fühle „nur die Wirkung der Verhältnisse und das Joch grausamer Arbeit. Die Ursache ist ihm so fremd, wie die Kenntnis der Mittel, um dieselbe aufzuheben. So ging ihm auch das Resultat der Revolution von 1789 verloren. Diese Revolution brach den Unterschied der alten Stände, des Adels, des Klerus und des dritten Standes; sie befreite aber nicht den ganzen dritten Stand, teilte denselben vielmehr in zwei Stücke, die Arbeitgeber und die bezahlten Arbeiter."

Auch Büchner konnte sich nicht der Einsicht verschließen, „daß, je mehr die politische Ungleichheit schwindet, um so mehr die gesellschaftliche Ungleichheit an Kraft und Ausdehnung gewinnt". Fazit: Der Mensch, mithin vor allem der Arbeiter, müsse „entweder Hammer oder Amboß sein".

Beifällig und ausführlich rezensierte das Wochenblatt 1865 Engels Schrift „Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei". Über zwei Seiten widmete es 1866 einem Bericht über eine Volksversammlung in Leipzig, bei der Liebknecht und Bebel den Bourgeoisliberalen die gebührende Abfuhr erteilten. Wörtlich druckte es 1867 den Londoner Aufruf des Generalrats der internationalen Arbeiter-Assoziation, den Karl Marx für Deutschland unterzeichnet hatte. Seit Herbst 1865 gehörte Wilhelm Liebknecht zu den ständigen Mitarbeitern des Wochenblatts.

Im Oktober 1866 trat Ludwig Eckardt als Herausgeber des Wochenblatts zurück: „Überhäufte Berufsgeschäfte, meine Vorträge, die mich namentlich im Winter oft vom Erscheinungsort dieses Blattes entfernen, meine wissenschaftlichen und dichterischen Aufgaben, die ich seit mehreren Jahren zugunsten meiner Partei zurückstellte, die nun aber auf Fortsetzung unverschiebbar drängen, nötigen mich, die Leitung dieses Blattes niederzulegen."

Ab 28. Januar 1866 zeichnete Karl Strodel für den Inhalt des Wochenblatts verantwortlich. Der Schriftsetzer Strodel war unter anderem Vorstandsmitglied des Mannheimer Arbeiterbildungsvereins und vertrat als Delegierter die Mannheimer Arbeiterschaft beim allgemeinen deutschen Arbeiterkongreß am 27. September 1868 in Berlin.

Das Wochenblatt erschien noch bis zur Nummer 39 des folgenden Jahres. In der letzten Ausgabe vom 22. September 1867 hieß es, über die Fortsetzung erfolge gesonderte Mitteilung. Nimmt man als Indiz den Anspruch, „Organ der deutschen Volkspartei" zu sein, so wäre als Fortsetzung das „Demokratische Wochenblatt" zu betrachten, das ein Vierteljahr später in Leipzig zu erscheinen begann. Als Herausgeber des Demokratischen Wochenblatts zeichnete zunächst die sächsische Volkspartei, ab Dezember 1868 dann gemeinsam mit dem Verband deutscher Arbeitervereine, und seit August 1869 schließlich die neugegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Anfang Oktober 1869 wurde das Demokratische Wochenblatt dann entsprechend einem Beschluß des Eisenacher Kongresses in „Volksstaat" umbenannt.

No. 8. Mannheim, 15. October 1867.

Deutsche Arbeiterhalle.

Organ des Vereinstages deutscher Arbeiter-Vereine.

Herausgegeben von J. P. Eichelsdörfer in Mannheim.

Alle 14 Tage erscheint eine Nummer. — Preis bei allen Postanstalten und Buchhandlungen halbjährlich 36 kr. = 10 Sgr. — Die Franco-Einsendung des Betrages in Briefmarken an den Herausgeber erhält Sendung unter Kreuzband. — Vereine, welche eine größere Anzahl Exemplare zu beziehen gedenken, wollen sich wegen des Bezugspreises an den Herausgeber wenden.

An die Vereine und Vereinsgenossen!

Der vierte Vereinstag zu Gera hat durch seine Beschlüsse bezüglich der Reorganisation des Verbands den Unterzeichneten zum Vorsitzenden und damit Leipzig zum Vorort für das nächste Jahr ernannt. Indem wir hiermit unser Amt antreten, richten wir an unsere Bruderverein und Alle, welche mit der Verbandsverwaltung in Verbindung zu treten wünschen, die Bitte, sämmtliche Briefe, Gelder u. s. w. von nun an an uns gelangen zu lassen. Zugleich sprechen wir die Bitte aus, uns auf jede Weise in unseren Bestrebungen zu unterstützen, damit es uns gelingt, der großen Aufgabe, die uns geworden, gerecht zu werden, und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Nach einem Uebereinkommen mit dem Herausgeber dieser Blätter werden dieselben von jetzt an regelmäßig alle 14 Tage als „Organ des Vereinstags deutscher Arbeitervereine" erscheinen. Wir bitten daher, die Redaktion, welche nach wie vor Herr J. Eichelsdörfer in Mannheim fortführen wird, durch Beiträge aller Art zu unterstützen, und ersuchen dringend, namentlich die Vorstände der Vereine, durch Abonnentensammlung zur weitesten Verbreitung des Blattes beizutragen. Gelingt es, auf je 20—25 Mitglieder eines Vereins, und das wird bei einigem guten Willen nicht schwer halten, je einen Abonnenten zu gewinnen, so wird das Blatt sich selber tragen und jeden Zuschuß aus der Verbandskasse entbehren können. Es wäre schlimm, wenn die deutschen Arbeitervereine nicht fertig brächten, was unsere Brudervereine in der Schweiz, die Verbände der Buchdrucker und Cigarrenarbeiter in Deutschland möglich gemacht haben: die Schaffung eines eigenen Vereinsorgans als wirksamsten Vermittlungs- und Bindemittel unserer Bestrebungen.

Ein zweiter Punkt, den wir den Vereinen an's Herz legen, ist die baldige Einsendung der rückständigen Beiträge zur Verbandskasse. Soll unsere Verbindung eine fruchtbringende sein, dann bedürfen wir vor Allem dazu genügender Mittel. Diese zu beschaffen, wird für den leicht sein, dem es um die Förderung unserer Sache ernst ist. Um Anfragen zu vermeiden, wollen wir hier bemerken, daß jeder Verein per Kopf seiner Mitglieder jährlich 1 Sgr. oder 3 kr. südd. Währung an die Verbandskasse zu liefern hat. Einzelne, die, ohne Mitglieder eines Vereins zu sein, dem Verband beitreten wollen, zahlen einen jährlichen Beitrag von 1 Thlr., wofür sie alle Drucksachen zugesandt bekommen. Die betreffenden Mitgliedkarten werden in kürzester Zeit zum Versandt kommen.

Eine unserer nächsten Aufgaben wird sein, die Ausarbeitung einer ordentlichen Vereinsstatistik, bei der wir auf allseitige bereitwillige Unterstützung rechnen.

Ein Entwurf des Frankfurter Arbeiter-Bildungsvereins zur Gründung einer Kranken-Unterstützungskasse für Deutschland, soll in diesen Blättern veröffentlicht und zur Diskussion gestellt werden, sobald die Berichterstattung über den Vereinstag beendigt und damit der nöthige Raum gewonnen ist.

Ebenso ein Entwurf zur Gründung einer Zentralkasse deutscher Arbeitervereine, eingegangen von Gera.

Der mehrseitig ausgesprochene Wunsch, Wander-Unterstützungskassen in's Leben zu rufen, dürfte ebenfalls Gelegenheit zu vielseitigem Meinungsaustausch geben.

Der durch den Stuttgarter Vereinstag gefaßte Beschluß, die Sammlung und Zusammenstellung von Fabrik-Ordnungen betreffend, werden wir zur Ausführung zu bringen suchen.

Die Thätigkeit der Vereine auf sozial-politischem Gebiete anzuregen, um dadurch, den Arbeiter drückende Uebelstände zu beseitigen und die Forderung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den übrigen Klassen der Gesellschaft zur That und Wahrheit zu machen, halten wir für unsere größte Pflicht. Die Beschlüsse der verschiedenen Vereinstage werden uns hierbei als Richtschnur dienen.

In der Hoffnung, daß in diesem Sinne uns eine allseitige freudige Unterstützung zu Theil wird, zeichnet

Mit Gruß und Handschlag

Leipzig, den 11. October 1867.

Der Vorort des Vereinstags deutscher Arbeitervereine:

A. Bebel, Vorsitzender.

Beiträge für die nächste Nummer werden baldigst erbeten. D. R.

Die Verhandlungen des

Vierten Vereinstages

deutscher Arbeiter-Vereine

zu Gera, am 6. u. 7. October 1867.

3. Bergbau-Arbeiterfrage. Referent Herr Bebel aus Leipzig.

4. Organisation des Verbandes.

5. Produktiv-Genossenschaften. Referent Herr Pfeiffer aus Stuttgart.

6. Frauen- und Kinderarbeit.

7. Wehrfrage. Referent Herr Sonnemann aus Frankfurt.

I.

Sonntag, 6. October 1867.

Ausgabe vom 15. Oktober 1867, in der August Bebel den Vereinen und Vereinsgenossen mitteilt, daß das Blatt künftig als "Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine" alle vierzehn Tage erscheinen werde.

Deutsche Arbeiterhalle

(1. Juni 1867 - 4. Dezember 1868)

Neben dem „Deutschen Wochenblatt“ gibt es noch eine weitere Spur, die von Mannheim nach Leipzig führt und in diesem Falle das „Demokratische Wochenblatt“ eindeutig als Fortsetzung erkennen läßt: Die Flugblätter, die Johann Peter Eichelsdörfer seit 1. Juni 1867 unter dem Titel „Deutsche Arbeiterhalle“ herausbrachte. Bei Eichelsdörfer handelte es sich um den bereits erwähnten Redakteur der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“, der Vorsitzender des Mannheimer Arbeiterbildungsvereins war und auch in Eckardts deutscher Volkspartei mitwirkte.

Zu jener Zeit scheint Eichelsdörfer bereits eine eigene Druckerei besessen zu haben, nachdem er im Juli 1866 von der Redaktion der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zurückgetreten war und die Fortführung des Blattes dem Verleger Schneider überlassen hatte.

Die „Deutsche Arbeiterhalle“ gab Eichelsdörfer als Mitglied und im Auftrag des Ausschusses deutscher Arbeitervereine heraus. Die Flugblätter erschienen zunächst einmal im Monat, später zweimal. Sie kosteten je Nummer einen Groschen, bei Vorauszahlung für zwölf Nummern neun Groschen, und waren gegen Franko-Einsendung des Betrags vom Herausgeber zu beziehen. Ab der achten Nummer nannten sie sich „Organ des Vereinstages deutscher Arbeitervereine“. Die Einstellung der „Deutschen Arbeiterhalle“ im Dezember 1868 stand in ursächlichem Zusammenhang damit, daß im selben Monat der Verband deutscher Arbeitervereine das „Demokratische Wochenblatt“ in Leipzig zu seinem Sprachrohr erkor und mit der sächsischen Volkspartei als Herausgeber auftrat.

Soeben erschien:

Deutsche Arbeiterhalle.

Flugblätter,

im Auftrage des ständigen Ausschusses deutscher Arbeitervereine.

Herausgegeben vom Ausschußmitglied Eichelsdörfer in Mannheim.

Nr. 5 vom 9. August 1867.

Inhalt: Der deutsche Arbeiter und die Politik. II. Die Anforderungen der Gegenwart. — Der nächste Vereinstag. — Zuschriften: Aus Leipzig, Magdeburg, Mannheim, Oldenburg und Pforzheim. — Einladung zum zweiten Kongreß der internationalen Arbeiter-Assoziation, am 2. bis 8. September in Lausanne.

☞ Preis jeder Nummer 1 Gr., bei Vorausbezahlung für 12 Nummern 9 Gr. Gegen Franko-Einsendung des Betrages vom Herausgeber zu beziehen.

Werbung für die neu erschienene „Deutsche Arbeiterhalle“ im „Deutschen Wochenblatt“ vom 11. August 1867

№ 35 Donnerstag, 10. Februar 1870. II. Jahrgang.

Mannheimer Abendzeitung.

Organ der deutschen Volkspartei in Baden.

Militärstaat — Polizeistaat — Muckerstaat.

Politische Uebersicht.

Deutschland.

„Mannheimer Abendzeitung" vom 10. Februar 1870

Mannheimer Abendzeitung

(1. Januar 1869 - 14. Dezember 1870)

Nach der Tätigkeit als Redakteur für die „Neue Badische Landes-Zeitung" und der Herausgabe der „Deutschen Arbeiterhalle" erreichte Eichelsdörfer den Höhepunkt seiner publizistischen Tätigkeit mit der Herausgabe der „Mannheimer Abendzeitung". Die Zeitung erschien vom 1. Januar 1869 bis zum 14. Dezember 1870 täglich außer sonntags in der Druckerei und dem Verlag von Johann Peter Eichelsdörfer in C 1, 15 (alte Fechtschule). Laut Untertitel war sie das „Organ der deutschen Volkspartei in Baden".

Mit ihrem Titel knüpfte die neue „Mannheimer Abendzeitung" an das ehemalige Kampfblatt der märzlichen Demokratie an, das sich unter der Redaktion Karl Grüns, Karl-Ludwig Bernays und Jean Pierre Grohes nationale Beachtung errungen hatte. Der Titel war somit ein Programm, und für alle älteren Mannheimer auf Anhieb verständlich.

Die Mannheimer Abendzeitung erblickte im selben Jahr das Licht, in dem sich die sozialdemokratische Arbeiterpartei als deutscher Zweig der Internationalen Arbeiterassoziation konstituierte. Damit trennten sich endgültig die Wege von bürgerlichen Demokraten und Arbeiterbewegung. Welche engen Verbindungen persönlicher und ideeller Art zunächst noch zwischen Sozialdemokratie und Volkspartei bestanden, zeigt der Blickwinkel, unter dem die „Mannheimer Abendzeitung" die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach als Sieg der Volkspartei begriff:

> *„Auf dem Kongresse zu Eisenach hat die Volkspartei das Feld behauptet. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei, die in Eisenach tagte, hat gleich der deutschen Volkspartei den ‚freien Volksstaat' in ihr Programm aufgenommen, und deshalb Zorn und Ärger im Lager der Bismarck-Lassalleaner und der Bismärcker überhaupt."*

Der Vorwurf der lassalleanischen „Badischen Chronik", die Mannheimer Abendzeitung habe „glücklich den Weg ins Fahrwasser der internationalen Sozialdemokratie gefunden", traf allerdings nicht zu. Als Organ der deutschen Volkspartei war und blieb die Mannheimer Abendzeitung ein bürgerlich-demokratisches Blatt. Das schloß nicht aus, daß noch etliche Zeit freundschaftliche Beziehungen und große Übereinstimmungen mit der Sozialdemokratie bestanden. So hat Friedrich Engels noch 1875 in einem Brief an Bebel darauf hingewiesen, daß nicht weniger als sieben Forderungen des Gothaer Programms der Sozialdemokratie direkt und wörtlich mit dem Programm der Volkspartei übereinstimmten. (Engels wandte sich damit gegen die lassalleanische Phrase, daß gegenüber der Arbeiterklasse alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse seien.)

Den Lassalleanern gewährte die „Mannheimer Abendzeitung" sowenig Pardon wie zuvor das „Deutsche Wochenblatt". Im Februar 1869 veröffentlichte sie eine fünfteilige Artikelfolge gegen die Agitation der „Bismarck-Lassalleaner" in badischen Städten. Mißtrauisch verfolgte sie, wie die Anhänger des Johann Baptist Schweitzer anscheinend sogar bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" den Fuß in die Tür bekamen, die früher die lassalleanische Agitation als „Erscheinung eines gewissen schlauen Berlinertums" abgetan hatte. Da sich Eichelsdörfer bekanntlich mit dem Verleger Schneider überworfen hatte, ehe er aus der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" ausschied und sich selbständig machte, dürften auch persönliche Motive die folgende Polemik beeinflußt haben:

> *„Die Neue Badische Landes-Zeitung, die bisher in der sozialen Frage zu den Programmen von Nürnberg und Stuttgart, welche denjenigen der Lassalleaner und Arbeiterbündler entgegenstehen, gehalten hat, erlaubt in ihrer gestrigen Nummer einem Berichterstatter über die letzte Versammlung des Arbeitervereins höchst wegwerfende Auslassungen über die Bestrebungen, aus welchen die oben bezeichneten Programme hervorgegangen. Wie wir bestimmt wissen, darf diese ‚Konsequenz' dem Redakteur des genannten Blattes nicht zur Last gelegt werden; vielmehr war es der Verleger desselben, der wahrscheinlich aus ‚gewissen Rücksichten' der Feder eines bekannten ‚tüchtigen Nationalökonomen' den leichtfertigen Spaziergang genehmigte."*

Den von Bismarck provozierten deutsch-französischen Krieg von 1870/71 verurteilte die Mannheimer Abendzeitung noch entschiedener als die „Neue Badische Landes-Zeitung". Am 24. Juli 1870 schrieb sie:

> *„Die letzte Hoffnung ist geschwunden, daß der entsetzliche Krieg zwischen zwei der gebildetsten Nationen vermieden werde. Der Gedanke, daß es möglich war, die beiden Völker, welche Frieden nötig haben, gegeneinander zu hetzen, ist haarsträubend. Die Verantwortung treffe die Urheber des Krieges."*

Nach der Gefangennahme Louis Bonapartes und Ausrufung der Republik in Paris veröffentlichte die Abendzeitung am 10. September 1870 eine Adresse des „Zentralkomitees der Internationalen Friedens- und Freiheitsliga" an die beiden Völker, in der es - an die Deutschen gewandt - hieß: „Bedenkt, daß seit dem Augenblick, in welchem die Republik in Frankreich proklamiert worden ist, der Krieg eine andere Gestalt angenommen... jetzt ist es der Krieg der Monarchie gegen die Republik." Unter den Unterzeichnern der Adresse befand sich Amand Goegg, der während der Märzrevolution in Mannheim eine führende Rolle gespielt hatte.

Am 11. September 1870 brachte die Abendzeitung einen Aufruf der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei an alle deutschen Arbeiter, sofort in Massen ihre Stimmen zu erheben für einen ehrenvollen Frieden mit dem französischen Volk und gegen die Annexion Elsaß-Lothringens. Am 30. November berichtete sie ausführlich über die Ablehnung neuer Kriegskredite durch Bebel und Liebknecht im norddeutschen Reichstag. - Das mutige Eintreten des Mannheimer Blattes gegen

Franzosenhaß und Kriegsbegeisterung veranlaßte die nationalliberale „Badische Landes-Zeitung“ in Karlsruhe zu der Forderung, daß die „Mannheimer Abendzeitung“ auf Kriegsdauer zum Schweigen gebracht werde.

Die Druckerei des Blattes, das im Kriegsjahr 1870 teilweise nur mit zwei Seiten Umfang erscheinen konnte, war am 14. August 1870 nach E 3, 7 verlegt worden. Die letzte erhaltene Nummer datiert vom 14. Dezember 1870. In dem allgemeinen chauvinistischen Taumel nach dem Sieg über Frankreich und der Reichsgründung und preußisch-reaktionärer Vormundschaft wurde Eichelsdörfer vielleicht von derselben Resignation wie Johann Schneider befallen, der seine „Neue Badische Landes-Zeitung“ an ein Konsortium von Aktionären aus der demokratischen Partei verkaufte. Dieses Konsortium kaufte auch Eichelsdörfers Mannheimer Abendzeitung und stellte sie ein. Eichelsdörfer kehrte als Redakteur zur „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ zurück.

Mannheimer Zeitung / Neuer Mannheimer Anzeiger

(1873 - ca. 1877)

1873 versuchte Johann Schneider einen Neubeginn: Vermutlich mit dem Geld, das er noch vom Verkauf der „Neuen Badischen Landes-Zeitung“ besaß, rief er die „Mannheimer Zeitung / Neuer Mannheimer Anzeiger“ ins Leben. Dieses Blatt erschien um das Jahr 1876 wie die NBLZ mit 13 Ausgaben wöchentlich und konnte immerhin mehr als die Hälfte von deren Auflage vorweisen. Aus dem Mannheimer Adreßbuch von 1877 geht hervor, daß sich Schneider in P 3, 14 eine neue Druckerei für die Herstellung der Zeitung zugelegt hatte. Da kein einziges Exemplar mehr erhalten ist, lassen sich im übrigen kaum Angaben zum Inhalt machen. Offenbar wurde die zweite Zeitungsgründung Schneiders wie zuvor die „Neue Badische Landes-Zeitung“ und Eichelsdörfers „Mannheimer Abendzeitung“ von der Mannheimer Vereinsdruckerei AG aufgekauft; die NBLZ führte später in ihrem Untertitel den Zusatz "Mannheimer Zeitung".

Infolge von Schneiders Neugründung stagnierte die Auflage der NBLZ seit Anfang der siebziger Jahre bei etwa 8500 Exemplaren und dürfte sich nach dem Aufkauf entsprechend erhöht haben.

Einen aufschlußreichen Einblick in die damalige Konkurrenzsituation gibt Mosses Neuester Insertions-Tarif für das Jahr 1877:

Titel	Auflage	Ausgaben/Woche
Neue Badische Landes-Zeitung	8 500	13
Mannheimer Tagblatt	8 300	6
Mannheimer Journal	5 500	6
Mannheimer Zeitung	4 500	13
Rhein- und Neckarzeitung	3 000	7

Zum Vergleich: Die höchste Auflage in Baden erreichte damals die nationalliberale Badische Landes-Zeitung in Karlsruhe mit 9000 Exemplaren. Die höchste Auflage im ganzen Reich konnte das Berliner Tageblatt mit 47500 Exemplaren vorweisen.

Pfälzisch-Badisches

Volksblatt.

Motto: Alles für das Volk.
Alles durch das Volk.

Einzelne Nummer 6 Pfg.

Nr. 20. | Mannheim, 18. Mai | 1878.

Ein Attentat auf den deutschen Kaiser.

Durchgang des Merkur.

(Zur Himmelserscheinung vom 6. Mai.)



„Pfälzisch-Badisches Volksblatt“ vom 18. Mai 1878

Pfälzisch-Badisches Volksblatt

(5. Januar 1878 - 26. Oktober 1878)

Die erste sozialdemokratische Zeitung in Mannheim war das „Pfälzisch-Badische Volksblatt". Die Probe-Nummer erschien am 1. September 1877 - sicher nicht zufällig vor den Wahlen zum Bürgerausschuß am 23. Oktober, bei denen es den Sozialdemokraten gelang, die bisherige Alleinherrschaft der Demokraten im Rathaus zu brechen und die Hälfte der Sitze in der dritten Klasse zu erobern.

Ab 5. Januar 1878 erschien das „Pfälzisch-Badische Volksblatt" regulär, einmal in der Woche samstags. Den Untertitel zierte das Motto: „Alles für das Volk, alles durch das Volk." Die Zeitung wurde in der Druckerei von Fr. Mutterer in H 5, 2 (später R 1,9) hergestellt, während sich Redaktion und Expedition in J 5, 16 befanden. Redakteur war August Dreesbach, dem als ständige Mitarbeiter Franz Schreiber und Moses Oppenheimer zur Seite standen. Franz Schreiber redigierte später die Frankfurter „Kleine Presse", die von Leopold Sonnemann verlegt wurde.

August Dreesbach war 1874 als Agitator des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins von Stuttgart nach Mannheim gekommen. Seine politische Heimat war also zunächst die Partei Lassalles, was für das spätere Wirken Dreesbachs - 1875 vereinigten sich die Lassalleaner mit der marxistischen Sozialdemokratie - nicht ohne Belang erscheint: Dreesbach entwickelte sich nicht nur zum Führer der Mannheimer Sozialdemokratie, sondern galt auch als einer der Begründer des „badischen Reformismus", der „Großblockpolitik" mit den Nationalliberalen.

D 80. Nr. 2786. Mannheim
Bekanntmachung
Das Pfälzisch-Badische Volksblatt betr.
Auf Grund des § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oktober 1878 wird
verfügt:
Die Nummer 43 des in Mannheim erscheinenden Pfälzisch-Badischen Volksblattes vom 26. Oktober d. J. wird verboten und zugleich das fernere Erscheinen dieser Druckschrift untersagt.
Mannheim, den 26. Oktober 1878.
Der Großh. Landeskommissär:
Frech.

D 81. Nr. 2787. Mannheim.
Bekanntmachung.
Den Pfälzisch-Badischen Preßverein betr.
Auf den Grund des § 1 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. Oktober d. J. wird
verfügt:
Der Pfälzisch-Badische Preßverein dahier wird verboten.
Mannheim, den 26. Oktober 1878.
Der Großh. Landeskommissär:
Frech

Verbot der Zeitung aufgrund des Sozialistengesetzes

Dreesbach war der einzige Redakteur und zugleich Verlagsleiter des Blattes. Unter seinem Vorsitz war im September 1877 der Pfälzisch-Badische Preßverein ins Leben gerufen worden, der die wirtschaftliche Basis der Zeitung sicherte. Moses Oppenheimer führte den Vorsitz des Vereins.

Gerade als die Mannheimer Genossen daran dachten, das Volksblatt dreimal wöchentlich erscheinen zu lassen, zerstörte das Sozialistengesetz die hoffnungsvollen Anfänge. Am 29. Oktober 1878 brachte der Staatsanzeiger die Bekanntmachung, daß aufgrund des § 11 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie die Nummer 43 des „Pfälzisch-Badischen Volksblatts" vom 21. Oktober 1878 verboten und das weitere Erscheinen untersagt werde. Gleichzeitig wurde der Pfälzisch-Badische Preßverein aufgelöst.

Nr. 4.

Mittelrheinische Familienblätter.

Wochenschrift zur Unterhaltung und Belehrung.

Mannheim, 23. November 1878.

Jud Süß.

Novelle

von

Wilhelm Hauff.

(Fortsetzung.)

„Laissez cela," fiel ihm der Jude ins Wort, „Ihr wäret nicht der Erste, der seinen Eid gebrochen. Wer waren gestern, frag ich, die beiden Masken, die sich an meinem Tisch zur Belustigung des Publikums unterhielten? Ihr wißt es, Ihr standet zunächst bei mir."

„Das ist mir nicht bekannt, Ew. Excellenz," sagte Gustav mit fester Stimme.

„Nicht bekannt! rief der Minister. „Bedenket wohl, was Ihr gesagt, ich stehe hier als Euer Richter; habt Ihr keinen an der Stimme gekannt?

„Keinen."

„Keinen?" fuhr jener heftiger fort. „Und Euern Vater solltet Ihr nicht an der Stimme k.nnen?"

„Meinen Vater!" rief der junge Mann erblassend; doch besonnen setzte er nach einer Weile hinzu: „Ihr irrt Euch, Herr Finanzdirektor, oder vielmehr, Ihr seid schlecht berichtet; mein Vater ist ein ruhiger, gesetzter Mann, und sein Charakter, sein Amt, seine Jahre verbieten ihm, das Publikum auf einem Maskenball zu amüsiren."

„Sie sollten es ihm verbieten," erwiderte jener mit blitzenden Augen, „und ich werde Mittel finden, es ihm zu verbieten. Ich weiß recht wohl, daß ich diesen Herren von der Landschaft ein Dorn im Auge bin, und zwar aus dem einzigen Grund, weil die Herren nicht rechnen können, verständen sie das Einmaleins so gut wie ich, sie würden sehen, was dem Lande frommt. Noch ist aber nicht aller Tage Abend, und ich will diesen Rebellen zeigen, wer sie sind und wer ich bin!"

„Herr Finanzdirektor!" rief der junge Mann mit der Röthe des Unmuthes auf den Wangen.

„Herr Aktuarius?" erwiderte Süß mit spöttischem Lächeln.

„Mein Vater ist ein Ehrenmann," fuhr Gustav fort, ohne sich von der stolzen Miene des Gewaltigen einschüchtern zu lassen, „Sie sprechen von Rebellen? Wie können Sie sagen, daß mein Vater dem Herzog nicht immer treu gedient hat? Wie können Sie wagen ihn einen Rebellen zu schimpfen?"

„Wagen!" lachte Süß. „Hier ist von keinem Wagniß die Rede, Herr Aktuarius, aber Rebell ist jeder, der nur dem Land und nicht dem Herzog dient; er ist des Herzogs Diener, aber er dient ihm schlecht; doch das soll nicht lange mehr so bleiben. Das mögt Ihr übrigens dem Herrn Landschaftsconsulenten, Eurem Vater, sagen, daß ich recht wohl weiß, was die beiden Masken wollten, und daß sie es mit dem Dritten abgekartet hatten, ich konnte ihn gestern Nacht so gut wie Euch verhaften lassen, und wenn ich es nicht that, so verdankt er diese Schonung nur Euch."

„Mir?" antwortete der junge Mann staunend „Mir? Und ist dies etwa auch Schonung, daß ich, ohne ein Verbrechen begangen zu haben, diese Nacht in diesem Zimmer zubringen durfte?"

„Nein!" fuhr jener gütig lächelnd fort, „dies war nur zur Abkühlung auf Euer Rendezvous veranstaltet." Er weidete sich einige Augenblicke an der Verlegenheit des Jünglings und fuhr dann fort „Das gute Kind, wie hat sie mich gefleht und auf den Knieen gebeten, Euch zu retten! Sie glaubte nicht anders, als Ihr seiet wegen irgend eines Kapitalverbrechens gefangen. Wie? Und habt Ihr mir gar nichts zu sagen, Herr Landel?"

„Ihr kanntet mich nicht," erwiderte Gustav, „und es ist mir nun wohl begreiflich, warum Ihr so hart mit mir verfuhret, aber Lea's Charakter hatte Euch wohl dafür bürgen können, daß nichts Strafbares in diesem Verhältniß liege."

„Wirklich? Mort de ma vie!" rief der Minister. „Nichts Strafbares? Meinen Sie, wenn ich etwas Strafbares in diesem Verhältniß ahnete, Sie hätten

4

Ausgabe vom 23. November 1878

Mittelrheinische Familienblätter

(Oktober 1878 - 24. November 1878)

Noch im Oktober 1878, in dem das „Pfälzisch-Badische Volksblatt" dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel, unternahmen die Mannheimer Sozialdemokraten den Versuch, mit den „Mittelrheinischen Familienblättern" eine Fortsetzung des verbotenen Blattes erscheinen zu lassen. Die Familienblätter nannten sich „Wochenschrift zur Unterhaltung und Belehrung". Druck, Verlag und Redaktion befanden sich bei Mutterer in R 1, 9. Format und Umfang (acht Seiten) waren die gleichen wie beim Volksblatt.

Obwohl sich die Familienblätter äußerlich betont harmlos gaben, war die Verbindung mit dem unterdrückten Volksblatt so offensichtlich, daß weder bei den Genossen noch bei der Staatsanwaltschaft in dieser Hinsicht Zweifel bestehen konnten. Zwischen den Zeilen versuchten sie, geistige Konterbande zu schmuggeln. Das Ergebnis lohnte kaum die Mühe. Eine anzügliche Stelle in einer Glosse genügte dem Mannheimer Bezirksamt, um ihr Verbot zu beantragen. Die vierte Nummer vom 24. November 1878 blieb die letzte.

seiner Resignation zum e Besserung in seine Verhältnisse zu kümmern.
De Deiwel weeß, was des for e End nimmt, s'is ma a vorderhand ganz corrianner, dann s'geht uff Weihnachte zu un weil die Schusterei doch nit geht, modellir ich ewe mit de ganze Familie Schofhämmel aus Häfnererd' for de Krischkinnelsmarkt. Mei Fraa hot Recht, Ferdnand secht se unlängscht, redd ma nit so viel, sunscht kumme se un löse uns a uff, oh sach' ich haw' ich gsacht, wann's nor baumanns Wille wär, do käm ich doch eemol vun d'r los, dann du machscht mer s'Lewe sauer genug. Sela —

Eine von vier Stellen aus der Glosse in Mannheimer Mundart, mit denen das Verbot der „Mittelrheinischen Familienblätter" begründet wurde: Unter Anspielung auf das Sozialistengesetz heißt es: „redd ma nit so viel, sunscht kumme se un löse uns a uff" (das Original mitsamt der Anstreichung rechts stammt aus den Akten der Polizei).

Der Pionier

(1886)

Während der presselosen Zeit unter dem Sozialistengesetz bezogen die Mannheimer Genossen den „Volksfreund", den Adolf Geck in Offenburg herausgab. Einem kleineren Kreis blieb die Lektüre des „Sozialdemokrat" vorbehalten, der in Zürich gedruckt und auf Schleichwegen - die sogenannte Rote Feldpost - in Deutschland vertrieben wurde.

1885 kam es zu einer ersten Vorbesprechung über die Herausgabe einer neuen - natürlich getarnten - sozialdemokratischen Zeitung in Mannheim. Sie führte jedoch zu keinem Ergebnis. Im folgenden Jahr brachte der Metallarbeiter Willig den „Pionier" heraus, der sich im Untertitel „Südwestdeutsche Volkszeitung" nannte. Das Blatt wurde in F 4, 8 in der Druckerei von Dr. Hermann Haas gedruckt, der damals die Sozialdemokraten als Leser für seine „Badische Volks-Zeitung" zu gewinnen versuchte. „Der Pionier" blieb jedoch nicht lange lebensfähig, zumal sich der Staatsanwalt jede Nummer einzeln vornahm. Willig versuchte, durch eine schärfere Schreibweise die Staatsanwaltschaft zu einem generellen Verbot herauszufordern, was aber nicht gelang. Sie beharrte auf dem Verbot der Einzelnummern, und Willig stellte das Blatt schließlich ein. Die Justiz wollte ihn anschließend noch vier Monate ins Gefängnis sperren, aber Willig war inzwischen in die USA ausgewandert. Er sei dort - so lautete eine Auskunft des Mannheimer Bezirksamtes vom Juni 1887 - dem Vernehmen nach gestorben.

Nummer 231. Mittwoch den 7. Oktober 1896.

Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung

Neuer Geschäfts-Anzeiger für Mannheim und Umgebung.

Organ für Jedermann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Diese Zeitung kostet bei täglichem Bezug monatlich nur 35 Pfennige.

Bruder Roderich.

Eine spätere Ausgabe der „Badisch-Pfälzischen Volks-Zeitung“ vom 7. Oktober 1896, als das Sozialistengesetz bereits ausgelaufen war.

Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung

(1886 - ca. 1914)

Als Ableger für die Arbeiterschaft, die durch das Sozialistengesetz der sozialdemokratischen Presse beraubt war, gab die „Neue Badische Landes-Zeitung" ab 1886 die „Badisch-Pfälzische Volks-Zeitung" heraus. Der Titel klang bewußt an das „Pfälzisch-Badische Volksblatt" an, das erste Blatt der Sozialdemokratie in Mannheim, das kurz nach seinem Erscheinen den Ausnahmegesetzen zum Opfer gefallen war.

Eine Vorstellung vom noch immer engen Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und bürgerlichen Demokraten in Mannheim gibt Michael Kayser in seinen Erinnerungen an das Sozialistengesetz. Über den Verleger der „Neuen Badischen Landes-Zeitung", Sigmund Bensheimer, dessen Spitzname „Der blaue Affe" sich später auf die Zeitung übertrug, schreibt er:

> *„Wenn ich nicht sehr irre, wurde auch der Demokrat Sigmund Bensheimer (der ‚bloo Aff', wie man ihn nannte) in den Listen des (sozialdemokratischen, Anm. d. Verf.) Wahlvereins geführt. Jedenfalls druckte er uns, da wir ja eine eigene Druckerei nicht hatten, das gesamte Wahlmaterial, und es wurde erzählt, daß er durch den noch nicht bezahlten Rest der alten Rechnung einen dicken Strich machte, als ihm die beginnende Wahlbewegung neue Aufträge brachte."*

Die BPVZ erschien werktäglich einmal zu dem konkurrenzlos niedrigen Preis von 35 Pfennig monatlich. Seit 1. Februar 1896 kam sie mit einer Nebenausgabe für Neckarau heraus, dem „Neckarauer Tageblatt", laut Untertitel „Unparteiliche Tageszeitung für Neckarau und Umgegend, Organ für Jedermann". Die Auflage der BPVZ wurde im Mosse-Katalog 1899 mit 13000 Exemplaren angegeben.

Als Massenblatt des Generalanzeiger-Typs verzichtete die BPVZ auf die ausgeprägte parteipolitische Färbung des Stammblatts NBLZ. In ihrem Untertitel führte sie neben der Bezeichnungen „Neuer Geschäfts-Anzeiger für Mannheim und Umgebung" das Attribut „Organ für Jedermann", das zur gleichen Zeit auch das Konkurrenzblatt „Badische Volks-Zeitung" des Dr. Hermann Haas im Schilde führte. Der Wettlauf um die Gunst der Arbeiterschaft endete eindeutig zugunsten der BPVZ. Haas taufte daraufhin seine „Badische Volks-Zeitung" in „General-Anzeiger" um und verbündete sich mit der Nationalliberalen Partei.

Auch die „unparteiliche" BPVZ besaß natürlich eine politische Ausrichtung, wenn auch diskreter, im Sinne des Stammblatts, zumal auch die Chefredaktion in denselben Händen lag. Zuletzt, d.h. vor dem ersten Weltkrieg, fungierte sie als offizielles Verbandsorgan der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und des Vereins der Deutschen Kaufleute für Baden - beides aus sozialdemokratischer Sicht „gelbe" Ge-

werkschaften, die mehr den Unternehmern als den Arbeitern verpflichtet waren. Die Auflage war zu diesen Zeitpunkt schon stark zurückgegangen, was sicher damit zu tun hatte, daß die sozialdemokratische „Volksstimme" ihren Absatz von 1898 bis 1912 verdoppelte. Zu Beginn des Jahres 1914 legte die Zeitung ihre politische Richtung offiziell im Sinne der Fortschrittlichen Volkspartei fest. Kurz darauf scheint sie eingestellt worden zu sein, denn im Kriegshandbuch der deutschen Presse taucht sie nicht mehr auf.

Um die Jahrhundertwende war die sechsmal pro Woche erscheinende BPVZ mit einem monatlichen Bezugspreis von nur 35 Pfennig die billigste Zeitung Badens im großen Format. Über die Konkurrenzsituation geben die folgenden Angaben aus den Mosse-Katalogen von 1899 bzw. 1913 Aufschluß:

	Auflage 1912	Auflage 1898	Ausgaben Woche 1912	Ausgaben Woche 1898	Abo Quartal 1912	Abo Quartal 1898
Neue Badische Landes-Zeitung	o.A.	o.A.	12	13	3,50	3,75
General-Anzeiger	21000	o.A.	12	7	3,42	1,50
Mannheimer Tagblatt	19800	o.A.	7	7	2,40	2,10
Badisch-Pfä lzische Volks-Zeitung	o.A.	13000	6	6	o.A.	1,05
Neues Mannheimer Volksblatt	9300	4600	6	6	1,80	1,50
Volksstimme	18500	9500	6	6	1,90	1,50

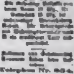
Pfälzische Freie Presse

(Januar 1888)

Am 24. Januar 1888 verbot die Königlich-bayerische Regierung der Pfalz in Speyer die am 21. des Monats erschienene Nummer drei der „Pfälzischen Freien Presse". Als Redakteur und Verleger dieser „Wochenschrift für die Arbeiter der Pfalz und Baden" zeichnete der Genosse Josef Huber aus Ludwigshafen, der sich später auch unter den Gründern der Mannheimer „Volksstimme" befand. Den Druck besorgte die Firma Schwab & Mückenberger in Mannheim.

Die „Pfälzische Freie Presse" brachte es infolge des Verbots nur auf insgesamt vier Nummern. Ihren Titel hatte sie einem gleichlautenden Blatt in Kaiserslautern entlehnt, das von der dortigen Parteiorganisation Ende 1887 eingestellt worden war.

Volksstimme



Sozialpolitisches Tageblatt für das werkthätige Volk des Badischen Unterlandes.

Nr. 239 | Dienstag, 13. Oktober 1896 | 7. Jahrg.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie

Politische Rundschau.

Deutschland.

Wahn und Wirklichkeit.

Eine Ausgabe der „Volksstimme" vom 13. Oktober 1896

Volksstimme

(1. Mai 1890 - 9. März 1933)

Der überwältigende Erfolg bei den Reichstagswahlen 1890 ermutigte die Mannheimer Genossen, noch vor dem Auslaufen des Sozialistengesetzes ein Parteiorgan herauszubringen. Der Entschluß reifte bei der Siegesfeier in der „Gambrinushalle". Ein Komitee wurde gegründet, dem Wilhelm Häusler, Karl Fentz, August Dreesbach, Robert Kramer, Franz Wagner, Karl Walter sowie Fr. Ehrhart und Josef Huber aus Ludwigshafen angehörten. Dreesbach konnte auf seine Erfahrungen beim „Pfälzisch-Badischen Volksblatt", Josef Huber auf die kurze Zeit als Redakteur der „Pfälzischen Freien Presse" zurückgreifen.

Zunächst wurde die „Aktiendruckerei Mannheim" mit einem Stammkapital von 20000 Mark ins Leben gerufen und in dem neuerstellten Haus eines Genossen in T 3, 4a der technische Apparat installiert. Am 23. April erschien dann probeweise die erste Nummer der „Volksstimme" in einer Auflage von 20000 Exemplaren. Sie verstand sich als Zeitung für „das eigentliche Volk, d.h. für die Arbeiter, Kleinbürger, Kleinbauern und niederen Beamten".

Im Eröffnungsartikel, von Dreesbach und Fentz gezeichnet, hieß es:

> *„Die Presse vertritt die öffentliche Meinung - aber die schlechte, käufliche Presse verfälscht und korrumpiert dieselbe, deshalb muß eine wahre Volkspresse geschaffen werden... Alle Zeitungen der herrschenden Parteien sind Privatunternehmungen und dienen in erste Reihe den Besitzern als ergiebige Einnahmequelle - die ‚Volksstimme' aber gehört nicht nur in geistiger, sondern auch in materieller Beziehung dem Volke."*

Die Direktion des Parteiunternehmens übernahm zunächst August Dreesbach. Karl Fentz vertauschte seine Korrektorenstelle bei der „Neuen Badischen Landes-Zeitung" mit dem eher kärglicher dotierten Posten eines Geschäftsleiters der „Volksstimme". Erster Redakteur des Blattes wurde der Genosse Dr. Ph. A. Rüdt.

Rüdt hatte als Philosophiestudent in Heidelberg „Die Waffe" herausgegeben, die allerdings kein langes Leben führte. Es erregte einiges Aufsehen, als er von den Lassalleanern zu den Eisenachern überging. Rüdt blieb nur bis Ende Juni Redakteur der „Volksstimme". Sein „massenpsychologisch wie landespolitisch gänzlich danebengegangener religionsfeindlicher Radikalismus" (Geck) dürfte schon damals zum Zerwürfnis mit Dreesbach und zu seiner Ablösung geführt haben.

Nachfolger Rüdts wurde der Züricher Setzer Thies, der freilich so wenig Standvermögen zeigte, daß er aus Angst vor einer Verurteilung wegen „Aufreizung zum Klassenhaß" schon im folgenden Jahr zurück in die Schweiz flüchtete. Erst auf



Volksstimme

18. Jahrgang. Mannheim, Mittwoch den 23. Januar 1907 II. Blatt. Nr. 22

Der Reichstagswähler

Wie unsere „nationale Ehre" in Afrika gewahrt wird.

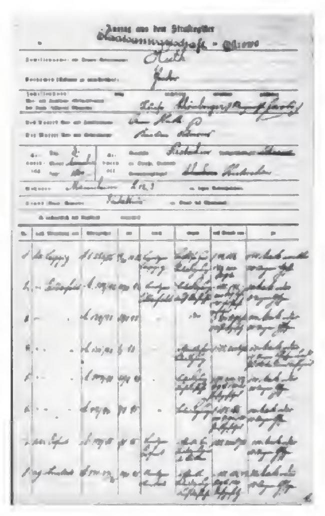
(Nach einer in Afrika aufgenommenen Momentphotographie)

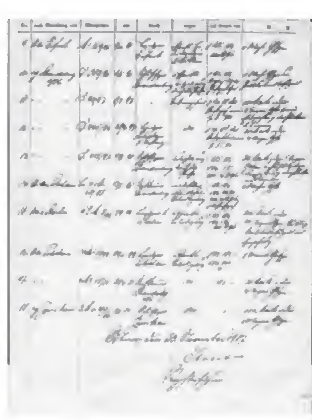
Potemkin als Wahlagitator.

Mit diesem schockierenden Bild dokumentierte die „Volksstimme" am 23. Januar 1907, mit welchen Methoden die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika vorging. Das Zeitungsexemplar mit der Markierung „anstößiger" Textstellenstammt aus den Akten der Kriminalpolizei. Bei dem Bild handelte es sich ursprünglich um eine Fotografie, doch fehlte den meisten Zeitungen damals noch die technische Möglichkeit, Fotografien als gerasterte „Autotypien" zu drucken. Deshalb mußte die Fotografie in eine Schwarz-weiß-Zeichnung umgesetzt werden.

nachdrückliches Verlangen der Partei kehrte er zurück und stellte sich dem Gericht, das ihn mit 100 Mark Geldstrafe davonkommen ließ. Als Redakteur hatte sich Thies indessen unmöglich gemacht.

Eine andere Natur war da Hermann Keßler, der vom 6. April 1891 bis Mitte 1898 als Redakteur der „Volksstimme" amtierte. Von seiner rund siebenjährigen Tätigkeit verbrachte er fast ein Jahr im Gefängnis. So verbüßte er 1891 zwei Monate





Der Strafregister-Auszug des "Volksstimme"-Redakteurs Theodor Huth weist zwischen 1886 und 1904 insgesamt 18 Verurteilungen auf, in der Regel wegen "öffentlicher Beleidigung".

wegen Beleidigung eines höheren Beamten; 1893 vier Monate wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Majestätsbeleidigung; 1897 drei Monate wegen Ehrverletzung eines oberelsässischen Nachtwächters und einen weiteren Monat wegen unziemlicher Ausdrücke über einen Seckenheimer Arzt.

Ein weiterer Redakteur der Volksstimme, Teufel, erhielt 1894 zwei Monate Gefängnis, weil Karl Fentz aus einem Stapel Flugblätter des Jahres 1848 einen Beitrag fürs Feuilleton verfertigt hatte. Dabei hatte Fentz noch alle Stellen, die den damaligen Großherzog irgendwie beleidigen konnten, weggelassen. Es half nichts: Vormittags erschien die Zeitung, am Nachmittag war der verantwortliche Redakteur Teufel schon verhaftet. Fentz und Dreesbach wurden der Mittäterschaft angeklagt. Dreesbach kam mit dreißig Mark Geldstrafe davon, während Fentz, der eigentliche Verfasser des Artikels, freigesprochen wurde. Es war übrigens der einzige Freispruch, den er sich bei insgesamt 27 Anklagen während seiner Tätigkeit bei der Volksstimme einhandelte.

Trotz Aufhebung des Sozialistengesetzes konnte somit von einem unbehinderten Wirken der Sozialdemokratie keine Rede sein. Das Tagewerk der Parteijournalisten erinnerte an vormärzliche Verhältnisse, und in der Tat begriff sich die damalige Sozialdemokratie auch durchaus als legitime Erbin der märzlichen Freiheitsbewegung.

Als am 1. Oktober 1898 Wilhelm Herzberg seine Tätigkeit als Redakteur der Volksstimme aufnahm, mußte er schon nach zwei Monaten wegen Beleidigung eines nationalliberalen Politikers zwei Monate ins Gefängnis. „Beleidigend" war für die herrschende Klasse natürlich jedes unverblümte Wort, während umgekehrt die Sozialdemokraten kaum hoffen konnten, den Schutz der Gerichte gegen die üble Nachrede bürgerlicher Blätter anzurufen.

Gustav Jaeckh, der vom 1. Juni 1897 bis zum 1. April 1900 amtierte, brachte das Kunststück fertig, ohne Verurteilung davonzukommen. Sein Kollege Dietz wurde dagegen 1897 hinter schwedische Gardinen geschickt. Die Verfolgungen dauerten bis ins neue Jahrhundert, in das die Volksstimme mit den Redakteuren Eichhorn (bis 1903) und Picker (bis 1904) ging. Emil Maier (1904 bis 1907) erhielt vierzehn Tage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen und zwei Monate wegen Beleidigung eines Karlsruher Militärrichters. Oskar Geck (1901 bis 1927) wurde Anfang 1907 in dem aufsehenerregenden „Herero-Prozeß" zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Noch im selben Jahr mußte er vierzehn Tage in Beugehaft, weil er der Staatsanwaltschaft den Verfasser eines majestätsbeleidigenden Artikels nicht offenbarte.

Im „Herero-Prozeß" ging es um die Veröffentlichung eines Bildes in der Volksstimme vom 23. Januar 1907, das Greueltaten der deutschen Kolonialtruppen in Südwestafrika dokumentierte. Während die Kriminalpolizei das Zeitungsgebäude besetzte und überall nach dem Bild fahndete, spazierte Emil Maier mit dem Klischee unterm Hemd zum Tor hinaus. Das Klischee wurde im Kassenschrank des Metallarbeiterverbandes verwahrt, und noch am gleichen Nachmittag gingen Fotografien an die norddeutschen Parteiblätter.

Schon zwei Wochen später rückte die Kriminalpolizei erneut an, um die Karnevalsausgabe der Volksstimme vom 9. Februar zu beschlagnahmen. Das Faschingsblättchen, „Schnupftabak" betitelt, hatte sich darüber mokiert, daß in Mannheim so viele Straßen, Brücken, Parks und Gebäude nach dem großherzoglichen Herrscherpaar Friedrich und Luise benannt waren. Scherzhaft wurde vorgeschlagen, dem erlauchten Herrscherpaar doch noch ein paar weitere Ehrungen darzubringen:

> *„Man könnte zum Beispiel den Rhein als Friedrichstrom und den Neckar als Luisenbach bezeichnen, den Zeitungskiosk als Friedrichshütte; das gegenüberliegende kleine Klosett, das den Bedürfnissen beider Geschlechter dient, müßte sinngemäß den Doppelnamen „Friedrich-Luisen-Häuschen" tragen."*

Obwohl die Kriminalpolizei wegen des „Friedrich-Luisen-Häuschens" den ganzen Zeitungsbetrieb auf den Kopf stellte, konnte sie lediglich Manuskripte und Matern, nicht aber die Druckplatte des majestätsbeleidigenden Artikels finden. Das hatte einen ganz einfachen Grund, der freilich der Intelligenz der Kripo entgangen war: Die Druckplatten befanden sich noch auf der Rotationsmaschine. Nachdem die Polizei abgerückt war, wurde die Rotationsmaschine erneut in Bewegung gesetzt und sogleich eine zweite Faschingsausgabe gedruckt. Der Titel wurde in „Der Schmalzerl" geändert und der anrüchige Vorschlag zur Ehrung des großherzoglichen Paares durch einen neuen Artikel ersetzt, der den Mißerfolg der Polizei verulkte.

Den Schwachen zum Schutz!
Den Starken zum Trutz!

Wer dem Fortschritt dient,
Der dient der Menschheit!

Arbeiter- und Bauernfreund

Volksthümliche Monatsschrift für das badische Land.

2. Jahrg. Nr. 6. Die achtseitige Nummer kostet 5 Pfg. Juni 1902.

Was zagst du Volk!

Was zagst du Volk, du Arbeitsmann? das Morsche jäh zu stürzen!
Was lähmt dir Fuß und Hand und Arm? die Schmach dir zu verkürzen!
Was hält mit tausend Fesseln dich? die Knechtschaft zu zerschmettern!
Was hindert dich, daß drein du fährst? mit tausend Donnerwettern!
Was machte deine Züge schlaff, was deinen Blick ermatten?
Was krümmte Rücken dir und Sinn, was machte dich zum Schatten?
Was läßt des Mächt'gen Knute Schlag, dich winselnd stets ertragen?
Was läßt die Hand noch küssen dich? die Wunden dir geschlagen!
Was läßt dich plärrend für das Wohl der eignen Feinde beten?
Was läßt vergeuden deinen Schweiß, von denen, die nicht sä'ten?
Was läßt zum Mörder werden dich? an deiner eignen Ehre!
Was liefert deine Töchter aus, dem geilen Wollustheere?
Was läßt die Kinder zur Fabrik, im zarten Alter treiben?
Was deiner Ehe sittlich Band, wie Zunder oft zerreiben?
Was läßt dich, ob die Villen leer, in dumpfen Löchern wohnen?
Was läßt dich mit stupidem Sinn, auch mästen noch die Drohnen?
Was läßt noch freudig klirren dich, mit deinen Sklavenketten?
Was läßt dich tragen Schwert und Spieß, was richten die Laffetten?
Mit Blutdurst auf der Brüder Brust, aufs Herz der eignen Mutter!
Was dienst den Fürsten willig du, als Feuerschlünde Futter?

Es ist der Mangel an Vertrauen, zu deinem eignen Können!
Es ist die blasse Scheelsucht, die den Gleichen nichts will gönnen!
Es ist der alte Knechtschaftssinn, den man dir anerzogen!
Es ist die dürre Kleinlichkeit, die man an dir gepflogen!
Es ist die feile Kriecherei, vor stolzen Geldsackprotzen!
Es ist die Liebedienerei, die längst verlernt das Trotzen!
Es ist die Furcht vor Höllenpein, mit der der Pfaff dich gegeißelt,
Es ist der Zweifel, der dich stets mit Marterqualen gegeißelt,
Es ist Gesinnungslosigkeit, ist schofeles Betragen,
Es ist der feilen Presse Werk, die fälscht die Lebensfragen!
Es ist der geist'gen Knechtschaft Bann, die deinen Arm geknebelt,
Es ist des Stumpfsinns blöde Macht, die deinen Sinn umnebelt!

* * *

Wirf ab mein Volk, die Bangigkeit, erkenne deine Stärke!
Wirf ab den Wahn! und mach dich frei, von jedem Sklaven Werke,
Mach frei dich von der Arbeit Frohn und geistiger Bedrückung,
Schaff' selbst dein Loos, betrachte nicht, die Noth als höh're Schickung.
Besonnenheit gepaart mit Muth und kühnes vorwärts Streben,
Dazu ein starker Geist und Sinn, macht deine Feinde beben!
Macht beben, die dich jetzt genarrt, macht die Bedrücker zittern,
Denn vor des Volkes Riesenkraft, muß ihre Macht zersplittern!

Klassenkampf.

Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind das Produkt der Klassenkämpfe. Die unterdrückten Klassen kämpften gegen ihre Unterdrücker und rissen die staatliche Macht an sich, wie das Bürgerthum in Frankreich nach der großen Revolution, oder theilten sich in dieselbe mit den bisherigen Machthabern, wie in Deutschland. Immer aber war die Vorbedingung, daß die aufstrebende Klasse auch die wirthschaftliche Macht hatte, daß sie die Produktion beherrschte. Mit der Herrschaft des Kapitalismus erschien auch der Lohnarbeiter als Klasse auf der Weltbühne; er ist wirthschaftlich abhängig von Kapitalisten, denn dieser hat die Produktionsmittel in Besitz und diese Abhängigkeit spiegelt sich auch auf dem politischen Gebiete wieder. Die Arbeiter müßten bei energischer Wahrung ihrer Interessen bis auf den letzten Mann gegen die Kapitalisten und ihre Schleppenträger Stellung nehmen, denn ihre Interessen sind andere als die der Kapitalisten.

Und doch stehen viele Arbeiter im Lager ihrer Gegner und bekämpfen ihre Klassengenossen. Dieses Wüthen gegen ihr Klasseninteresse ist vielfach auf politische Beschränktheit zurückzuführen; häufig aber steckt aber auch ein bewußter böser Wille dahinter. Woher kommt das? Der Arbeiter weiß, daß der Kapitalist ihn materiell nicht nur schädigen, sondern daß er ihm auch seine wirthschaftliche Existenz vernichten kann, weshalb er seines Wohlwollens zu sichern sich bestrebt. Der Arbeiter wird zum Kriecher, zum Speichellecker! Er vertritt die Interessen des Kapitalisten um bei ihm gut angeschrieben zu stehen. Mag sein Klasseninteresse auch darunter leiden, was scheert es dem Kriecher, wenn er nur mit seinem persönlichen Interesse momentan nicht zu kurz kommt.

Bei Lohnforderungen der Arbeiter finden sich immer welche, die nicht mitthun, weil sie um alles in der Welt bei ihrem Unternehmer nicht in den Verdacht kommen wollen, eine eigne Meinung zu haben, oder die auf seine Dankbarkeit rechnen, wenn sie ihm während der Zeit des Streiks ihre Arbeitskraft weiter widmen. Die Lohnerhöhung, welche andere erkämpfen, nehmen sie natürlich gerne an, aber an dem Kampfe selbst sich zu betheiligen hindert sie ihre Hundedemuth.

Bei den politischen Kämpfen finden wir dieselbe betrübende Erscheinung. Wie viele Arbeiter gibt es nicht, die innerlich den Bestrebungen der Sozialdemokraten, die Lage der Arbeiter

Der „Arbeiter- und Bauernfreund“ erschien als Monatsschrift für die badische Landbevölkerung und wurde ebenfalls in der Druckerei der „Volksstimme“ hergestellt.

Die weitere Entwicklung der „Volksstimme“ bis zu ihrem Ende 1933

Nachdem der Reformismus innerhalb der Sozialdemokratie die Oberhand gewonnen hatte, zeigten sich die herrschenden Gewalten allmählich etwas gnädiger gestimmt. Relativ unangefochten durfte die Volksstimme durchs Fahrwasser der „Großblockpolitik“ steuern - eine badische Variante des Reformismus, bei der die Sozialdemokraten nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1905 mit den Nationalliberalen gegen das Zentrum marschierten. Der Abgeordnete Ludwig Frank ließ sich auch durch die energischsten Vorhaltungen Bebels auf dem Magdeburger Parteitag 1910 nicht davon abbringen, mit den bürgerlichen Parteien für die Bewilligung des badischen Budgets zu stimmen. Der Lokalmatador August Dreesbach zog es vor, dem Lübecker Parteitag fernzubleiben, auf dem er die Politik der Karlsruher SPD-Fraktion rechtfertigen sollte. Dreesbach starb 1906. Ludwig Frank meldete sich bei Beginn des ersten Weltkriegs als Freiwilliger und starb kurz darauf den „Heldentod“. Die Volksstimme versäumte nicht, die Todesnachricht ganzseitig auf dem Titelblatt, garniert mit Trauerrand und patriotischen Phrasen, zur Kenntnis zu bringen.

Es konnte als Omen gelten, daß Dreesbach dem Parteitag der SPD 1906 im Mannheimer Nibelungensaal vorsaß. Gleichzeitig begannen sich allerdings auch um Karl Liebknecht, Clara Zetkin, Franz Mehring und Rosa Luxemburg jene Kräfte zu regen, die das revolutionär-marxistische Erbe der Sozialdemokratie hochhielten und nach dem ersten Weltkrieg in die neugegründete Kommunistische Partei Deutschlands einbrachten. Wie weit die Wege auseinander führten, verdeutlichen Emil Eichhorn und Adam Remmele, die beide zu Anfang des 20. Jahrhunderts Redakteure der Mannheimer Volksstimme waren: Eichhorn schloß sich später den Kommunisten an und amtierte im revolutionären Berlin als Polizeipräsident. Remmele galt dagegen in der Weimarer Zeit als rechter Sozialdemokrat und „badischer Noske“, der beispielsweise wiederholt Erscheinungsverbote gegen die kommunistische Mannheimer „Arbeiter-Zeitung“ verhängte.

Wirtschaftlich sah es gut um die Volksstimme aus, nachdem eine gewisse Durststrecke überwunden und ein großer Teil der Arbeiter den bürgerlichen Blättern abspenstig gemacht worden war. Die Auflagenziffern wiesen steil nach oben:

Jahr	Auflage
1890	4000
1898	9500
1912	18500
1922	26500
1925	18500
1927	21500
1930	22800
1932	22800

Bis zum Knick, der Anfang der zwanziger Jahre vor allem durch die Konkurrenz der kommunistischen „Arbeiter-Zeitung“ eintrat, also eine durchaus erfolgreiche Bilanz.



Im Frühjahr 1928 erweiterte die „Volksstimme" ihre alten Geschäftsräume in R 3, 14 (rechts) um das Eckgebäude R 3, 15. Fünf Jahre später wurde sie von den Nazis verboten. In den geraubten Räumen erschien nun das „Hakenkreuzbanner" als Gauorgan der NSDAP für Nordbaden.

Schon ein Jahr nach der Gründung übernahm die Parteidruckerei auch die Herstellung des Darmstädter Parteiorgans und druckte bis 1894 als Kopfblatt der Volksstimme den „Bote von der Saar". Die Doppelschnellpresse reichte dafür nicht mehr aus. Ab 7. März 1891 erfolgte der Druck der Volksstimme auf einer Rotationsmaschine. Die Neuinvestitionen in der Druckerei verschlangen 20000 Mark, soviel wie das Stammkapital. 1895 kam als neues Kopfblatt die „Pfälzische Post" für Ludwigshafen dazu. Die technisch-redaktionelle Verbindung der Pfälzischen Post mit der Volksstimme bestand zehn Jahre. 1906 mußte die Volksstimme dann wiederum einspringen und ein neues Kopfblatt für die „Elsaß-Lothringische Volkszeitung'" herausbringen, die in Mühlhausen der reichsländischen Diktatur zum Opfer gefallen war. Die „Volksstimme für Elsaß-Lothringen" erschien dreimal wöchentlich bis 1898, wobei der Parteivorstand Zuschüsse gewährte.

Die Räume in T 3, 4a wurden zu eng. Am 6. Dezember 1897 zog die Volksstimme in die ehemalige Dahringersche Brauerei in R 3, 14 um. Ab November 1900 kam samstagabends eine siebente Wochenausgabe heraus. Zu Beginn des ersten Weltkriegs umfaßte die Druckerei 33 Maschinen, darunter zwei 16seitige Doppelrotationen, drei Schnellpressen, zwei Tiegeldruckpressen und vier Setzmaschinen. Der Jahresumsatz hatte sich von 46380 Mark (1890/91) auf 340000 Mark (1914) erhöht. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Personalbestand von 17 auf 60, die

Zahl der Austrägerinnen von 18 auf 83 und der Jahresumfang von 1402 auf 4164 Seiten. Der Bezugspreis war dabei mit einer Erhöhung um zwanzig auf achtzig Pfennig monatlich einschließlich Trägerlohn ziemlich konstant geblieben.

Zu den beiden Redakteuren Oskar Geck und Emil Maier kamen 1906 Th. Huth und Emil Hauth. Maier wurde 1908 durch Adam Remmele (bis 1918) ersetzt, Hauth 1911 durch Heinrich Harpuder (bis 1933). Für Remmele, der nach der Revolution zu Ministerwürden gelangte, trat Gustav Zimmermann ein. Der lokale Teil wurde ab 1911 von Konrad Hermann redigiert. Als er 1923 starb, folgte ihm Ernst Roth, später Reichstagsabgeordneter. Den 1928 verstorbenen Oskar Geck ersetzte Alexander Schifrin. Das seit 1928 selbständige Ressort Feuilleton wurde mit Fritz Lemke besetzt.

Nur noch einmal geriet die Volksstimme in politische Turbulenzen: Das war in den Jahren 1918/19. Am 7. Juli 1918 wurde sie wegen ihrer Stellungnahme gegen die Fortführung des Krieges (dem sie anfangs applaudiert hatte) auf drei Tage verboten. Im September mußte der Versand an Soldaten im Felde eingestellt werden. Anfang des Jahres 1919 wurde die Volksstimme dann an ihre eigene revolutionäre Vergangenheit erinnert, als Aufständische vorübergehend den Betrieb besetzten und Plakate zur Proklamation der „Räterepublik Süddeutschland" drucken ließen. Bei den Auseinandersetzungen wurde das Gebäude in R 3 auch mit dem Maschinengewehr unter Beschuß genommen.

In den zwanziger Jahren erlebte das Parteiunternehmen nochmals eine Erweiterung. Nach dem Ankauf des angrenzenden Eckgebäudes R 3, 15 begann im Mai 1925 der Umbau. 1928 erfolgte die Inbetriebnahme. Zum technischen Inventar gehörten jetzt unter anderem eine 32seitige Rotation, fünf Schnellpressen und sieben Setzmaschinen.

Es war ein moderner Betrieb, den die SA-Horden am 9. März 1933 besetzten. Fortan erschien dort das „Hakenkreuzbanner", das Gauorgan der NSDAP für Nordbaden.